

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Beiträge, kleine Beiträge zc. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet wochentlich durch die Post  
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von  
Joh. van Nieuwen in Düsseldorf, Roth. Kirchstr. 65.  
1908. Fernsprech-Nr. 1068.

Nr. 28. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 11. Juli 1908. Fernsprech-Nr. 4423. 10. Jahrgang.

## Die Streiks und Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1907.

Auch im Jahre 1907 ist der christliche Textilarbeiterverband seiner Aufgabe, für die Mitglieder einen größeren Anteil an den Geringfügigen der Produktion zu erreichen, in weitem Maße nachgekommen. Das vergangene Jahr war zwar reich an Opfern persönlicher und materieller Natur, aber auch reich an Erfolgen. Würde der Verband in seiner Arbeit nicht durch die große Zahl indifferenter, unorganisiert arbeitender Arbeiter gehindert worden sein, dann wäre das Resultat der Arbeit für die Verbandsektion und für die Mitglieder in noch größerem Maße befriedigend. Die Verbandstätigkeit wurde im vergangenen Jahre ungünstig beeinflusst durch die Abnahme des Geschäftsganges. Sie setzte schon zu Beginn 1907 langsam ein und verschlimmerte sich von Monat zu Monat.

Die durch die Stärkung der Unternehmerverbände geschaffene gewerkschaftspolitische Konstellation verlangte eine vor- und weitläufige Taktik. Und manchmal mußte gegen unkluge Drängen der Kollegen „gebremst“ werden, wenn die betr. Arbeiter und der Verband vor bedeutenden Schädigungen bewahrt bleiben wollten. Daß die gewerkschaftliche Position sich bedeutend verändert hat gegen vor 5 Jahren, können manche Mitglieder immer noch nicht einsehen. Aber trotz der Unternehmerverbände ist die Stärke und der Einfluß unseres Verbandes mit großem Erfolge zugunsten unserer Mitglieder ausgenutzt worden. Auch das vergangene Jahr hat die Einwendungen jener „Uebelklingen“ zu Standen gemacht, die da sagen, der Verband tu nichts.

Wir möchten vorab bemerken, daß die unten angeführten Statistiken einen Anspruch auf Vollständigkeit nicht machen können. Denn erstens lassen sich unmöglich alle materiellen Erfolge eines Verbandes zahlenmäßig erfassen. Dann sind aber unsere Kollegen selbst Schuld daran, daß die Tabellen kein vollständiges Bild der Lohnbewegungen und Erfolge unseres Verbandes bieten können. Die Zahl der Bewegungen und Erfolge ist bedeutend größer, als unten angegeben. Leider legen unsere Kollegen viel zu wenig Wert auf die Pflege der Statistik. Nach jeder Bewegung, auch wenn sie nicht zum Streit führte, sollen die betr. Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt der Zentrale zukommen. Das ist bisher nicht in allen Fällen geschehen. Die Kollegen mögen doch bedenken, einen wie großen Wert es für unsere Organisation bedeutet, wenn wir am Ende des Jahres über jede einzelne von uns allein oder mit anderen Verbänden gemeinsam geführte Bewegung Rechenschaft ablegen und die Gesamterfolge sämtlicher Bewegungen ziffernmäßig erfassen können. Welch vorzügliches Material ist das nicht für die Agitation unter den Unorganisierten oder dem Gegner gegenüber. Wir sind in Bezug auf die hier gemeinte Statistik gegenüber anderen Verbänden, auch gegenüber unserer roten Konkurrenzorganisation, noch zurück. Letztere war z. B. in der Lage, in ihrem jüngsten Geschäftsbericht genau detaillierte Angaben über jede von ihr geführte Lohnbewegung zu machen. Unsere in leitender Stellung befindliche Kollegen sollten darum auf die Ausfüllung der Fragebogen nach jeder Bewegung größeres Gewicht legen. Ortsgruppen, die Fragebogen benötigen, können sie von der Zentrale beziehen.

Im Jahre 1907 hatte unser Verband eine ganze Reihe Bewegungen und Streiks durchzumachen. 147 mal war er an Bewegungen beteiligt (wir bemerken nochmals, daß es sich nur um Bewegungen handelt, die der Zentrale bekannt gegeben wurden) gegenüber 153 im Vorjahre. Die Zahl der Bewegungen ist demnach herabgegangen um 6. Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß unser Verband im vergangenen Jahre weniger „bewegungslustig“ gewesen sei, als im vorhergehenden. Im Gegenteil hat unser Verband von Jahr zu Jahr eine größere Initiative in der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder entfaltet. Während z. B. 1906 in 73 Fällen die Mehrzahl der organisierten Arbeiter unsern Verbände als Mitglieder angehörten, war das 1907 bei 127 Bewegungen der Fall. Man sieht daran, daß unser Verband immer mehr Einfluß auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder gewinnt und denselben auch ausnützt. Auch wird der Verband seinen Einfluß intensiver bei Bewegungen ausüben können, bei denen in der Mehrzahl christlich organisierte Leute in Frage kommen. Mit obigen Zahlen ist wohl am sichersten die höchste Behauptung widerlegt, daß unsere Organisation nur dort für ihre Mitglieder eintrete, wo sie von den Gegnern dazu gedrängt würde oder in der Minderheit sei.

Von den Bewegungen führten 19 zu Streiks gegenüber 57 im Vorjahre. Von den Streiks waren 14 Angriffs-, 3 Abwehr- und 2 Ausperrungen. Angriffsstreiks werden unternommen zum Zwecke der Verbesserung bestehender Verhältnisse, während sich bei Abwehrstreiks die Arbeiter gegen eine Verschlechterung der bestehenden Arbeitsbedingungen wehren. Von den Bewegungen und Streiks wurden geführt 51 allein und 96 mit anderen Organisationen gemeinsam. Unter „andere Organisation“ ist in fast allen Fällen der „deutsche Verband“ zu verstehen. Der kirchlich-dunklerische Gewerksverein kam selten und dann nur mit wenigen Leuten in Betracht.

Die Streiks sind im vergangenen Jahre zurückgegangen. Die Gründe dafür sind verschieden-

Der Rückgang ist in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer die Stärke der Arbeiterverbände immer mehr respektieren lernen. Dadurch werden sie einer friedlichen Schlichtung der Differenzen geneigter gemacht. Die beste Garantie für Vermeidung von Streiks ist darum eine starke, finanziell gut fundierte Organisation. Aber auch die Arbeiter hatten infolge der Unternehmerverbände eine vorzügliche Taktik anzuwenden, weil durch kleine Streiks leicht umfangreiche Ausperrungen verursacht werden. Auch dieses Moment kommt in der Verminderung der Streiks zum Ausdruck. Man wird aber auch nicht fehl gehen, wenn man die Zunahme der friedlich verlaufenden Bewegungen zu einem großen Teile auf die wachsende Übung unserer Kollegen in einem erfolgreichen friedlichen Verhandeln mit den Arbeitgeber zurückführt. Daß in schiedlich-friedlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern Bedeutendes herausgeholt werden kann, mögen die unten noch näher beleuchteten Erfolge unserer Bewegungen zeigen.

An den Bewegungen waren beteiligt:

an Lohnbewegungen	8126 m.,	3036 w.,	zus. 11 162 Mitgl.
„ Angriffsstreiks	463	49	511
„ Abwehrstreiks	105	13	118
„ Ausperrungen	1268	537	1805
Insgesamt: 9961 m., 3635 w., zus. 13 596 Mitgl.			

Die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Personen nahm gegenüber dem Vorjahre bei den männlichen Mitgliedern um gut 3000, bei den weiblichen um rund 1000 zu.

Wie sehr jene Mitglieder im Unrecht sind, die meinen, es müsse unter allen Umständen mal gestreikt sein, ehe der Verband etwas ausgerichtet habe, mag das Resultat der Streiks und Ausperrungen dartun. Es verliessen:

angriffstreiks	3	1
abwehrstreiks	5	—
ausperrungen	6	1

Unter der erfolglosen Ausperrung ist die streikende Bewegung gemeint, die unter 10 unglücklichen Fällen 9 mal erfolglos verlief. Diese Zahlen illustrieren deutlich, daß ein Streik nicht nur ein zweischneidiges, sondern auch ein zweifelhaftes gewerkschaftliches Kampfmittel ist, und daß sich die Verbandsektion im ureigenen Interesse der Arbeiter wohl gründlich überlegen muß, ob zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel gegriffen werden soll oder ob die Kollegen nicht besser tun, sich mit kleineren Zugeständnissen, die friedlich geboten werden, zufriedenzugeben.

Die Erfolge unseres Verbandes auf die einzelnen Mitglieder berechnet zeigt folgendes Bild. Es ergibt sich:

Mitglieder	Lohngewinn ca. pro Woche	Zusammen pro Woche	Zusammen pro Jahr
2208	1,00 Mk.	1666,00 Mk.	86 632,00 Mk.
2842	1,00-1,50	3552,50	184 740,00
1678	1,50-2,00	2936,50	152 698,00
1752	2,00-2,50	3964,50	206 154,00
192	2,50-3,00	588,00	27 436,00
90	3,00-3,50	292,50	15 210,00
60	3,50-4,00	225,00	11 700,00

Zus. 8842 | 13 165,00 Mk. | 684 680,00 Mk.

An Arbeitszeitverlängerung erreichten:

347 Mitgl.	1 1/2 Stunden, wöchentlich	= 520 1/2 Stunden
28	2	= 56
334	3	= 1002
260	4	= 1040
30	5	= 150
571	6	= 3426

1560 Mitgl. | zusammen 6154 1/2 Stunden

Die Summe aus dem Jahre berechnet, ergibt für 1560 Mitglieder eine Verlängerung an Arbeitszeit von 320 034 Stunden.

Um erfassen zu können, was der Verband im Jahre 1907 in finanzieller Beziehung seinen Mitgliedern geboten, wollen wir die geleisteten Unterstützungen hinzurechnen.

Es wurden im Jahre 1907 an Unterstützungen ausbezahlt:

Streik	71 655,58 Mark
Mahregelung	5 983,79
Franken	67 455,00
Sterbe	7 980,00
Sonstige	2 819,02

Zusammen . . . 155 893,39 Mark

Gewinn bei Lohnbewegungen . . . 684 680,00

Zusammen . . . 840 473,39 Mark

Rechnen wir zu diesen Summen die Lohngewinne, die Kollegen durch Bewegungen erreichten, die der Zentrale nicht gemeldet wurden, oder wo die Organisation indirekt dem Anlaß zu einer Lohnbewegung gegeben, so wie die Summen, die den Kollegen durch den Rechtsschutz des Verbandes an Erhöhung oder Abwehr einer Verminderung der Renten der staatlichen Versicherungen zuzuflossen, so wird man ruhig behaupten dürfen, daß der christliche Textilarbeiterverband seinen Mitgliedern im vergangenen Jahre einen materiellen Nutzen von über einer Million Mark geboten hat.

Wahrhaftig, der Verband tut doch etwas!

Die angeführten Ziffern geben ein Bild vorfichtiger und eben darum erfolgreicher Streiktaktik. Es ist leicht, aus geringfügigen Ursachen heraus eine Bewegung oder gar einen Streik zu führen; aber bei berechtigten Anlässen die Rechte des Arbeiterverbandes zu wahren und auch gegebenen-

falls durch einen Streik Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erreichen, kann nur unter genauer Abwägung aller Momente und bei größter Vorsicht gelingen. Daß es unserem Verbands gelungen ist, auch im verflochtenen Jahre für seine Mitglieder ins Gewicht fallende Verbesserungen herauszuschlagen, mag jedem Textilarbeiter ein Beweis dafür sein, daß er unsern Verbände vertrauensvoll die Vertretung seiner Interessen in die Hände legen darf. Wer sich dann auch die Erfolge in ihrer Bedeutung für unseren Stand vor Augen führt, der muß klar erkennen, daß die gewerkschaftliche Arbeit nutzbringend und auch für die wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiterstandes von immenser Tragweite ist. Mögen sich das alle Kollegen fest ins Gedächtnis prägen und möchten sie das doch ihren indifferenten Arbeitskollegen immer aufs Neue an Hand unserer Erfolge predigen. Diese Erfolge sind mit schweren Opfern erkungen worden. Sollen die Opfer nicht nutzlos gebracht sein, dann gilt es festhalten, treu und tapfer im Verbands ausharren. Das ist gerade jetzt in der wirtschaftlich schwierigen Zeit notwendig. Und vor allem wichtig ist, daß alle Kollegen mitarbeiten, daß alle agitieren, daß ein jeder bemüht ist, dem Verbands immer mehr Mitarbeiter zuzuführen. Die Arbeit ist nicht vergebens und der Lohn der Arbeit kommt jedem unserer Kollegen selber zugute.

## Zur Verbands-Generalsammlung.

Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Hochneukirch (Agitationsbezirk M.-Glabach) werden folgende Vorschläge der Augsburger Generalsammlung zur Beratung bzw. Beschlußfassung unterbreitet:

Den ländlichen Ortsgruppen sind von der Zentrale unseres Verbandes mehr

Mittel zu Bildungszwecken zur Verfügung zu stellen. Begründung: In Bezug auf Verbands- und Charakterbildung der Arbeiter ist noch lange nicht genug geschehen. Besonders mangelt es in den ländlichen Ortsgruppen an einer genügenden Schulung der Kollegen, was notwendig ist, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. In vielen Orten befinden sich Unterrichtsvereine, aber die werden durchweg nicht gut besucht. Manche Kollegen meiden die Unterrichtsstunden, weil ihnen das notwendige Interesse abgeht, andere, weil ihnen die zu behandelnden Stoffe zu „hoch“ sind. Es müssen leichtere Mittel gesucht werden. Da kämen u. a. Lesezirkel

in Betracht, die in allen Orten, besonders in den ländlichen gegründet und von der Zentrale aus gefördert werden müßten. Wir denken uns diese Zirkel folgendermaßen: Zuerst werden die Vorstände und Vertrauensleute zu Sitzungen zusammengerufen. In den Sitzungen wird eine Broschüre mit leichtfaßlichem sozialen Inhalt von den Anwesenden abwechselnd laut durchgelesen. Besonders zu empfehlen wären Broschüren, die in Erzählungsform geschrieben sind. Jeder Teilnehmer muß die Broschüre zur Hand haben, die gerade zur Durchlesung vorgelesen wird. Ueber besonders wichtige oder unverständliche Punkte wird diskutiert. So lernen die Kollegen richtig lesen und den Inhalt der Broschüre verstehen. Die Folge wird sein, daß die Teilnehmer sich bald in den Mitgliederversammlungen hören lassen können. Haben die Vertrauensmänner längere Zeit an den Lesestunden teilgenommen, dann werden sie wohl in der Lage sein, mit den Mitgliedern ihres Reviers Lesezirkel zu bilden. Die Zentrale läßt diese geeigneten Broschüren und auf sonstige Art dieses Bildungsmittel zu unterstützen und zu fördern. Wir würden uns wirksam an der geistigen Vertiefung unserer Mitglieder arbeiten und das ganze Verbandsleben fruchtbarer gestalten. In Verbindung hiermit stellen wir den Antrag auf

Anstellung eines „fliegenden“ Sekretärs.

Ein solcher Beamte könnte den Bezirksleiter in seiner Arbeit unterstützen, wenn es notwendig wäre. Heute können manche Bezirksleiter ihre Ortsgruppen höchstens ein oder zweimal im Jahre besuchen, weil sie durch Lohnbewegungen usw. zu sehr in Anspruch genommen sind. Darunter leiden manche Ortsgruppen nicht unerheblich. Ein „fliegender“ Sekretär könnte überall dort einspringen, wo es notwendig wäre, vielleicht in einigen Ortsgruppen einige Tage oder auch einige Wochen bleiben, um die Kollegen in besonders wichtigen Situationen zu helfen.

Dann wünschen wir, daß die Generalsammlung folgendes beschließt:

Die Lokalbeamten wechseln

nach längerer Wirkungszeit mit ihrem Tätigkeitsbezirk. Wie kein Mensch unfehlbar ist, so auch nicht ein Lokalbeamter. Er macht hin und wieder Fehler, die von den Indifferenten und von kurzfristigen Verbandsmitgliedern gegen die Organisation ausgenutzt werden. (Wir betonen hierbei, daß die Ortsgruppe Hochneukirch nicht einem Lokalsekretariat angeschlossen ist, die hier angeführten Argumente für Vertagung der Lokalbeamten darum keine Spitze gegen eine bestimmte Person enthalten. D. M.) Taktische Fehler werden von den Lokalbeamten um so eher gemacht, als ihre Position mitunter sehr schwierig ist. Die verschiedenen Sachen treten an sie heran, die in der ganzen Tragweite zu übersehen nicht immer leicht ist. So wird der Lokalbeamte oft ein Stein des Anstoßes. Das hässliche Leben in den Ortsgruppen würde lebendiger, wenn nach einigen Jahren die Beamten

jedesmal wechselten. Auch würde der Versammlungsbesuch sich dadurch heben. Heute sagen die launen Mitglieder: „Es ist immer derselbe Referent, das spricht, ich gehe nicht in die Versammlung.“ Das betrachten einen Beamtenwechsel als einen großen Nutzen für die einzelnen Ortsgruppen und für den ganzen Verband.

Der Schriftführer der Ortsgruppe Hochneukirch, Eine Frage der Redaktion: Haben die Hochneukirchner Kollegen auch wohl die Momente bedacht, die gegen einen Beamtenwechsel sprechen oder ihn gar unmöglich machen?

Zur Arbeitslosenunterstützung

erhielten wir zwei Zuschriften, die wir beide in Ihren Hauptteilen hier wiedergeben. Kollege Kaiser-Beyenburg erklärt sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Er weist in seiner Zuschrift zuerst auf die starke Mitgliederfluktuation hin und wie dieser durch genannte Unterstützungsart entgegen gearbeitet werden könne. Dann heißt es weiter:

„Nun bleibt die Frage offen, woher die Mittel für die geplante Unterstützung zu nehmen seien. Daß die dafür notwendigen Summen nicht so ohne weiteres der Zentralkasse entnommen werden können, ist jedem klar. Es bleibt wohl nichts anderes übrig, als zur Beitragserhöhung zu greifen. Nun wissen wir auch, daß jede Beitragserhöhung viel böses Blut macht. Es ist dann auch außerordentlich schwer, neue Kollegen und Kolleginnen zu werben. Besonders Wert müssen wir auf die Gewinnung der Kolleginnen legen. Sie sind dem Unternehmer eine billige und willige Arbeitskraft, den männlichen Arbeitern dadurch eine gefährliche Konkurrenz. Es ist also gewissermaßen Pflicht der Selbstbehaltung, die Kolleginnen für den Verband zu gewinnen zu versuchen. Die durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig werdende Beitragserhöhung braucht ja auch bei den weiblichen Mitgliedern nicht in dem Maße festgesetzt zu werden, wie bei den männlichen. Da fast immer ein Mangel an Arbeitslosenunterstützung besteht, so ist es schwer, Zahlen eines höheren Beitrags recht schwer zu machen. Andererseits müssen wir aber auch eine starke Verbandsklasse haben. Denn die Kasse ist unsere Macht und unsere beste Waffe. Nach meinem Dafürhalten wären folgende Beiträge diskutabel: Die Kollegen zahlen für jede Klasse 10 Pfg., die Kolleginnen 5 Pfg. mehr.“

Die Gestalt der Arbeitslosenunterstützung wird den Delegierten in Augsburg noch sehr viel Kopfzerbrechen machen. Zunächst: Wer ist arbeitslos? Ich meine, nur der ist wirklich arbeitslos, der nicht mehr in einem Arbeitsverhältnis steht; nicht etwa derjenige, der durch schlechten Geschäftsgang ein oder zwei Tage feiern muß. Anders wäre allerdings die Sache, wenn der Betrieb wochenlang ruhte. In dem Falle wäre eine Unterstützung sehr angebracht.

Die Karenzzeit dürfte auch nicht zu kurz bemessen sein. Vielleicht, daß vom sechsten Tage der Arbeitslosigkeit die Unterstützung gezahlt werden könnte. Die Wartezeit für Neuaufgenommene müßte eine genügende Länge besitzen. Denn sonst könnten wir mit der Beitragserhöhung noch nicht auskommen. Für uns Kollegen und Kolleginnen muß die Parole lauten: Treu dem Verbands. Suchen wir aber auch unsere Mitglieder von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu überzeugen. Die Reform möge aber dazu beitragen, unsere Reihen zu stärken, uns zum Ruh, dem Gegner zum Trug.“

Gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung immer mehr aktueller wird, ist nicht zu leugnen, nur daß wie und wann der Einführung bedarf noch sehr der Erwägung. Hindernisse auf das Ziel der Arbeitslosenunterstützung zuzusteuern, kann und darf unsere Taktik nicht sein; denn so ziemlich alle Mitglieder werden sich klar sein, daß die Lösung dieser Frage bei uns Textilarbeitern auf weit größere Schwierigkeiten stoßen wird, wie das bei Organisationen anderer Berufe der Fall gewesen ist.

Die Entwicklung unseres Verbandes macht von der anderer Berufe Abweichungen durch, und gerade diese Abweichungen dürfen bei Lösung der Arbeitslosenfrage m. E. nicht übergangen werden, wenn wir unsern Verband nicht schwer schädigen wollen. Denken wir an die Jahre der Beitragserhöhungen (1903) zurück, so wissen wir, daß dort in ganz kurzer Zeit ca. 9000 Mitglieder dem Verband verloren gingen, die ja allerdings im Jahre 1905 doppelt wiedergewonnen wurden, nämlich durch 17 000 Beitritte. Was für Momente für diesen Erfolg alle mitgespielt haben, will ich nicht weiter berühren, nur die Tatsache ist konstatiert, daß von dieser Zeit ab die Mitgliederzahl sowohl wie die Zentralkasse bedeutend gestärkt wurden.

Im Jahre 1906 wurde auf unserer Generalsammlung zu Frankfurt a. M., um eine abermalige obligatorische Beitragserhöhung zu umgehen, das Stufenlossystem eingeführt. Bevor nun der Frage der Arbeitslosenunterstützung getreten wird, muß die Frage aufgeworfen werden, ob das Stufenlossystem die Hoffnungen und Erwartungen erfüllt hat, die man auf dasselbe setzte?

Wer die Abrechnungen durchsieht, findet, daß dies nicht der Fall ist; denn nur etwa 10% der männlichen und etwa 25% der weiblichen Mitglieder leisten heute einen höheren als den Mindestbeitrag, trotz der Begeisterung, die in mancher Hinsicht



Manche Ortsgruppen zum Ausdruck kam. Die Mitglieder, die einen höheren Beitrag leisten, sind größtenteils in Ortsgruppen vereint, die einen längeren Streik oder eine Ausbesserung durchzumachen hatten, also den praktischen Wert der Organisation sowie eines hohen Beitrages besser kennen gelernt haben.

Soll nun eine Erwerbslosenunterstützung mit Beitragsbefreiung eingeführt werden, so ist vorzuziehen, wo es beachtet. Außerdem gibt es noch andere Momente, die mitzureden wollen. Zuerst ist wohl festzustellen, daß bei der Textilindustrie im großen Maße (abgesehen von einigen Kategorien) die Arbeitslosigkeit nicht in einem solchen Umfang auftritt, wie das bei anderen Berufen vielfach der Fall ist. Die Textilindustriellen gehen eher dazu über, die Arbeitszeit einzuschränken, als Arbeiter zu entlassen, wohl wissend, daß in Zeiten guter Konjunktur geübte Arbeiter nicht so schnell zu finden sind.

Ein weiteres Moment ist wohl auch, wie schon angeführt, die nicht allseitige Beteiligung bei dem Beitrittssystem. Nicht immer trifft der Mangel an Opferwilligkeit zu, sondern vielfach die einfache Unmöglichkeit, einen höheren Beitrag zu leisten. Dieser Gedanke wurde ja auch schon bei der letzten Generalversammlung vertreten und betont, daß niedere Klassen geschaffen werden müßten, um den schlechtesten Arbeitern den Beitritt zum Verband zu ermöglichen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dadurch einige hundert dem Verband zugeführt werden konnten, was sonst vielleicht nicht möglich gewesen wäre. Würde der Beitrag also für alle erhöht, so schwindet diese Möglichkeit wieder, und nicht allein diese, sondern es schwindet weit mehr, wenn man bedenkt, daß der Verband ca. 150 Ortsgruppen hat, die weniger wie 20 Mitglieder zählen. Eine Menge davon sind unweit entfernt von großen Orten persönlicher und materieller Natur ins Leben gerufen worden, stehen in neu zu bearbeitenden Bezirken mit schlechten Lohnverhältnissen. Aber nicht nur in neu zu bearbeitenden Bezirken, sondern auch in älteren würde die Agitation um ein bedeutendes erschwerter bei einem höheren Beitrag. Diejenigen Kolleginnen oder Kollegen, die Agitation betreiben, werden wohl ein Lied davon singen können. Auch nicht zu vergessen ist, daß schon einmal organisiert gewesene Mitglieder sehr schlecht für den Verband zu begeistern sind, ebenso verhält es sich bei eingegangenen Ortsgruppen. Dort überhaupt wieder Fuß zu fassen, ist unendlich schwer und würde durch einen höheren Beitrag zur direkten Unmöglichkeit.

Wenn der Ansicht gebilligt wird, es könnte mit der Erwerbslosen-Unterstützung die Situation gemindert werden, so sehe ich nicht ganz auf diesem Standpunkte, wenigstens ich zugeben will, daß vielleicht dadurch mehr dem Verband treu blieben. Die Unterstützung könnte und dürfte nicht so hoch sein, daß sie den größten Teil des Arbeitslohnes ersetzt. Damit ist auch der Einwurf hinfällig, daß die Arbeiter bei schlechten Zeiten nicht zu jedem Preis Arbeit annehmen müßten, wenn Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt wird.

Zu dieser Beziehung wird es nach wie vor bleiben, zumal die Arbeitgeber andere Mittel und Wege eingeschlagen gegen früher, um ihre Arbeiter auch bei schlechten Zeiten halten zu können, was sich schon gegen früher meist Ärgere fand. Zugegeben werden muß, daß eine Erwerbslosen-Unterstützung, auch bei höheren Beiträgen, den Mitgliedern Vorteile bringen würde; aber die Entwicklung des Verbandes ist noch nicht so weit, daß dieselbe ohne größeren Schaden durchgeführt werden könnte. Wir dürfen bei Lösung dieser Frage nicht den Optimismus hochkommen lassen; denn zum zweiten Male würde es uns nicht gelingen, einen größeren Mitgliederverlust in so verhältnismäßig kurzer Zeit wieder einzubringen, weil sich die Verhältnisse inzwischen geändert haben.

Meine Ansicht und wahrscheinlich deren noch vieler geht dahin, die Generalversammlung möge sich ganz ruhig mit dieser Frage befassen, aber bei eventueller Einführung sich fragen, die Lösung dieser Frage soll ein weiterer Ausbau zum Beitrittssystem sein, ohne daß den schlechtesten Arbeitern die Möglichkeit zum Beitritt genommen wird. Wenn die Erwerbslosen-Unterstützung ohne Beitragsbefreiung eingeführt werden kann, dafür aber die Mitglieder in höhere Klassen gedrängt werden, wenn sie dieser Unterstützung teilhaftig werden wollen, so könnte man allen Wünschen gerecht werden und vorwärts kommen. Wie schon bemerkt, werden die Textilarbeiter in ihrer großen Mehrzahl schlechter entlohnt wie andere Berufe, namentlich in Süddeutschland und Schlesien, was das erhöhteste Berücksichtigung.

Vörrath. H. S.

### Aus dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

IV.

#### Aus der Organisationspraxis.

Zu der öffentlich rechtlichen Stellung der Gewerkschaften hat sich bekanntlich in 1907 nichts geändert. Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist seit der Reichstagsauflösung Ende 1906 verstoßen; das neue Reichsgesetz tritt erst in der Folgezeit erlassen werden. Uebertragene Behörden waren nicht am Berichtsjahre schwerer zu prüfen, den christlichen Gewerkschaften Schwesternvereine zu machen. Von mehreren war ein Beispiel: In Langenscheidt am dem Ende des Jahres der christliche Tabakarbeiterverband eine Kapelle, der 23 weibliche Mitglieder beitreten. Sämtliche Mitglieder erzielten durch die Folgebefreiung ein Strafmaß, weil nach ihrer Ansicht es sich um einen Verein handelte, dem nach dem preussischen Beamtengesetz weibliche Personen nicht beitreten dürfen. Der Einwand des Verbandes, daß in den verschiedenen Orten Deutschlands dem Verband mehr als 3000 weibliche Mitglieder angehörten, wurde durch die Folgebefreiung daran Anstoß nehmen, blieb erfolglos. Auch eingetragte Berufsvereine des Schiffahrtswesens zu Tübingen zu einer Freizeitsociation, aber nicht etwa, weil es die Geschlechtertrennung nicht für gegeben anerkennend, sondern aus der Annahme heraus, daß sie die Angehörigen der politischen Landes des Vereins nicht benutzt gewesen seien. In der Urteilsverhandlung wurde in aller Form verlangt, die politische Landes des Verbandes auf Grund seiner Satzungen aufzuheben. Mit dem freizeitsociativen Urteil war jedoch die legalitätsmässigkeit nicht unterlaufen; sie lagte vielmehr Beratung gegen das Urteil ein. Die zweite Strafkammer des Landgerichtes zu Stuttgart sprach jedoch die Angehörigen frei und legte damit das erste Urteil für Recht. Beide Urteile sind zum Glück zu einer Zeit, zu der bereits 15000 Arbeiterinnen in Deutschland organisiert sind.

Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu dem Arbeiterbewegungsdenken hat sich in 1907 nicht wesentlich verändert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften verhalten sich teilweise noch, die christlichen Organisationen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und bei Tarifverträgen auszuweichen. Diese Vorgänge werden indes mit dem Fortschritt der christlichen Gewerkschaften immer jenseit. In den letzten Wochen glaubte der sozialdemokratische Arbeiterverband in Süd- und Mitteldeutschland noch ein ähnliches Beispiel statuieren zu können, wobei er schließlich herinspielte. Er lehnte es ab, mit dem christlichen und Sozialdemokratischen Arbeiterverband gemeinsam einen Tarif abzuschließen, was ihm an diesem Punkte die Verhandlungen scheitern. Die Unternehmer sperren daraufhin die dem sozialdemokratischen Arbeiterverband angehörenden Mitglieder aus, mit dem Ergebnis, daß nach einigen Wochen der Verband sich einem Schiedsspruch unterwarf, der neue Verhandlungen mit allen interessierten Arbeiterorganisationen zur Bedingung machte. Durch sein unterirdisches Verhalten hatte der sozialdemokratische Arbeiterverband nur erreicht, daß seine Kasse um weit über 100000 Mk. entleert und ein Teil seiner Mitglieder nicht wieder eingekauft wurde. In Bielefeld glaubte der sozialdemokratische Arbeiterverband einen Verzichtungsabstand gegen den christlichen Arbeiterverband fassen zu können. Eine maßlose Forderung gegen letzteren betriebe. Von einem größeren Betrieb sollten insbesondere christlich organisierte Metallarbeiter ferngehalten werden. Als dieses nicht gelang, wurden die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes terrorisiert, mißhandelt und beschimpft. Wegen die Verfolger wurde Strafantrag gestellt; in etwa einem Duzend Fälle sind Beurteilungen, meist zu Gefängnisstrafen, erfolgt. Die sozialdemokratische Presse leugnete anfänglich das Verhalten ihrer Bielefelder „Genossen“ ab, um sich nach den Beurteilungen völlig auszusprechen. Von Seiten der Friedrich-Dunderschen Gewerkschaften wurden im letzten Jahre einige Broschüren gegen die christlichen Gewerkschaften herausgegeben, die als Landzuchtwerke der ordentlichsten Art anzusprechen sind und mit dazu beitragen, das von beiden Seiten angelegte bessere Verhältnis zwischen beiden Organisationsgruppen zu behindern.

Besonders schwere Stürme hatten im Berichtsjahre der Gewerkschaften der christlichen Bergarbeiter und der Gutsbergwerke zu überstehen. Die in 1907 vom preussischen Reichstag verabschiedete Knappschäfts-Novelle brachte die Bergleute in große Erregung. Die Knappschäfts-Novelle haben für die Arbeiter der übrigen Gewerkschaften und Industrien die Kräfte der Bergarbeiter nicht in so hohem Maße geschwächt, wie die Arbeiter der Gutsbergwerke, die durch die Verengung der Knappschäfts-Novelle ihre Leistungen nicht mehr befähigt werden können; sie sind „bergschick“. Daher haben die Knappschäfts-Novellen neben der Krankenkassenleistungen auch noch besondere Anwaltschaften vorgesehen; die Arbeiter müssen für diesen Versicherungszweig neben den Leistungen zur Reichsversicherungsanstalt nicht unbedeutende Beiträge leisten. In verschiedenen Knappschäftsstellen herrscht schon seit Jahren eine große Notstandsverhältnisse. Die Beiträge und Leistungen stehen vielfach in keinem Verhältnis zu einander, eine Anzahl kleiner Knappschäftsstellen waren völlig leistungsunfähig; sie waren angefallen, ihren inaktiven Mitgliedern die durch Statut zustehenden Renten zu gewähren. In diesem Zeitraum sollte die preussische Knappschäfts-Novelle Ordnung bringen. Dem Hochmutter Knappschäftsverein, der der Hälfte ist und der ca. 300000 Bergarbeiter umfaßt, waren bei der landesgesetzlichen Regelung der bezüglichen Materie eine Anzahl Beschwerden zugehakt. Wegen diese weigerten sich die Bergarbeiter mit großer Energie, so daß bis zum Jahresende des neuen Knappschäftsgesetzes (1. Januar 1908) zwischen der Bergarbeiter und Reichsversicherungsanstalt eine Verhandlung über eine neue Statut nicht erzielt werden konnte. Es mußte so nach, dem Gesetze entsprechend, ein Zwangsstatut erlassen werden, das jedoch keiner Seite — Regierung, Arbeitgeber und Arbeiter — Freude macht. Gegenwärtig sind jedoch noch einschneidende Kreuze tätig, um eine Verhängung herbeizuführen. Dem Gewerkschaften der christlichen Bergarbeiter glauben große einschneidende Tagesblätter ob seines Verhaltens in diesem Kampf politischer Natur beschließen zu sollen. Inwiefern die Führer der Bergarbeiter hätten ihres Amtes entsetzt geübt, wenn sie bei diesem Anlaß nicht das denkbar Möglichste für ihre Kameraden herauszubringen versucht hätten.

Der schwerste Kampf um seine Existenz hatte im letzten Jahre unter Verbannten, die dem Gesamtverbande angehörten, der Gutsbergwerke zu bestehen. Im Ruhrbergwerk wurde bekanntlich im September 1906 zwischen dem deutschen Reichsdramaturgen (Reichsdramaturgenorganisation) und dem Verbande der deutschen Bühnendramatiker (Schiffbauorganisation) ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge die dem deutschen Reichsdramaturgen angehörnden Bühnendramatiker ab 1. Januar 1908 nur mehr Schiffs einziehen dürfen, die dem Verbande deutscher Bühnendramatiker angehörten. Der Verband deutscher Bühnendramatiker will zwar als neutrale Organisation anerkannt werden, ist aber der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angegeschlossen. Der Gesamtverband mußte daher in Gemeinschaft mit dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften energig gegen ankämpfen, das für die Zukunft alle Bühnendramatiker gleichsam gewonnen werden sollten, dem bezüglichen Verbande beizutreten. Dieser dagegen lehnte mit einer widerwärtigen Hege gegen den Gesamtverband ein, den er damit glaubte begründen zu können; wenn die Niederhaltung des Gesamtverbandes gelangen würde, wäre der Hauptanwand gegen die Lebens des bezüglichen Vertrages ausgeräumt gewesen. Der Gesamtverband hat sich indes behauptet, so daß Ende 1907 die angekündigte Trennung des Gesamtverbandes der Bühnendramatiker nicht eingetreten ist, in die Tarifgemeinschaft des Bühnendramatiker eingezogen zu werden und an deren weiteren Ausbau eifrig und entschieden mitzuwirken.

Der christlich-sozialer Metallarbeiterverband hat im Berichtsjahre die Organisation mit Rücksicht auf die Berufe der Sattler- und Holzwerkzeugmacher. Diese Arbeiterkategorie wurde früher von der Gesetzgebung völlig vernachlässigt. Während die Beziehungen der meisten übrigen wichtigsten Arbeiterkategorien durch entsprechende Unterweisungen bereits festgestellt sind, der letzteren dagegen fehlt, herrscht über die Zustände in den Sattler- und Holzwerkzeugmacher noch völlige Dunkel. Die großen Sattler sind nicht nur die wichtigsten Industriezweige der Branche, sondern aber es sind auch die gewöhnlichen Arbeiter nicht erzieht. Der Arbeiterkampf in diesen Berufen kann nicht unterlassen werden; er ist in zwei Stadien eingeteilt. So funktionieren die Beschäftigten zwölf Stunden von einer geraden hundertjährigen Lage; sie sind daher abgesehen von anderen für die schweren Entlohnungen und der unzureichenden Unterweisungen. Das durch diese Zustände hervorgerufenen, das auch demnach die sozialdemokratischen Organisationen zur Hilfe der Arbeiter anzuregen ermöglicht werden können. Auch bei der Lösung dieser Aufgabe hat der Gesamtverband die Hilfe der christlichen Gewerkschaften nicht verschmähen, durch Erzielungen der Lage der betroffenen Arbeiterkategorie hier zu stellen. Ein solcher Aufbruch hat sich bei dem Metallarbeiter in kürzester Zeit vollzogen. Es ist ein wichtiger Schritt anzusehen. Es darf behauptet werden, daß bei den nächsten Erhebungen selbst vorzuziehen wird, als bei der Unterzeichnung der Knappschäfts-Novelle im Herbst und nach dem großen Streit der Bergleute 1906. Demnach würde die Unterzeichnungsmöglichkeit länger Zeit weiter angeordnet, so daß bei dem nächsten Anlaß in letzter „Ordnung“ war. Deutlich

\*) Kennzeichnend ist eine Einigung erzielt. Der einzigen Bedenken wurde von den Reichsdramaturgen und den Arbeiter zu einem Statut angenommen.

daß die angestellten Beamten der Reichskommission durch die Bergwerke führte, wurde das Vertrauen der Arbeiter zu der Untersuchung auch nicht gelockert. Ein brauchbares Material wird bei diesen Erhebungen nur heranzubringen, wenn auch die Vertrauensleute der Gewerkschaften von der Kommission gehört werden.

Die christlichen Textilarbeiter hielten im Verlaufe des Jahres den vierten internationalen Kongress ab. Die Beschlüsse sind bekanntlich 1902 an dem allgemeinen internationalen Textilarbeiterkongress, von welchem sie aber längst ausgeschlossen werden sollten, weil sie nicht „grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes“ stehen. Daraufhin trübten die christlichen Textilarbeiterorganisationen von Deutschland, Belgien und der Niederlande eigene internationale Verbindungen an, die namentlich auf vier Kontinenten bzw. Kongressen gefestigt wurden. In neuerer Zeit haben sich auch die christlichen Textilarbeiterorganisationen der Schweiz, Italiens und Österreichs der internationalen Vereinigung der christlichen Textilarbeiter angeschlossen. Auf dem letzten Kongress waren die Begehrten sechs Länder mit über 77000 Mitgliedern vertreten.

#### Schlussbemerkungen.

Nach dem Dargelegten waren die äußeren Bedingungen zur Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1907 nicht sehr günstig. Und dennoch kamen die christlichen Gewerkschaften in der Berichtsjahre wieder ein gutes Stück vorwärts. Diese Tatsache muß insbesondere die Vertrauensleute unserer Bewegung anspornen zur erneuten intensiven Arbeit. Die nächste Zeit erfordert von den christlichen Gewerkschaften: die Sammlung der Kräfte zur Befestigung und Vertiefung der christlichen Gewerkschaftsidee. Wie dem Dasten und Drängen der letzten Jahre fehle hierfür verschiedentlich die erforderliche Zeit. Eventl. Veräuserte muß bald nachgeholfen werden. Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften bestehen nicht bloß aus Agitation und in der Durchführung von Lohnbewegungen; das heißt deren Tätigkeit zu eng begrenzen und ihren Charakter als Kulturbewegung wesentlich herabmindern. Unverkürzt darf aber die christliche Gewerkschaftsbewegung auch nicht das Sammelbecken abgeben zu einer Betätigung, die ihrer Zweckung entgegensteht. Der Charakter unserer Bewegung wurde in Nr. 19 Jahrgang 1907 des „Zentralblattes“ in einem programmatischen Artikel wie folgt dargelegt:

Die christlichen Gewerkschaften wollen Organisationen sein, in denen sich Anhänger aller bürgerlichen Parteien zusammenschließen, um konkrete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Ueberzeugung und vaterländischen Gesinnung im Einklang stehen. Deshalb haben sie auch den Kreis ihrer Aufgaben begrenzt. Im Vordergrund steht die Regelung der Arbeitsverhältnisse in dem Sinne, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Vertragspartner zu seinem Rechte kommt, ihm ein entsprechender Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit zuteil werde und alle, seine Gesundheit, seine Arbeitskraft, seine Existenzbedürfnisse und seine Sittlichkeit schützenden Einflüsse in den Betrieben nach Möglichkeit beibehalten werden. Die hieraus sich ergebenden Forderungen an die Gesetzgebung; freies Koalitionsrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht usw. entspringen nicht einem parteipolitischen Standpunkt, sondern dem eigenen Charakter, gemäss dem Lebensbedingungen der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Verteilung und Geltendmachung dieser Forderungen seitens der Gewerkschaften geschieht nicht durch und in einer politischen Partei, sondern allgemein dem Staate, der Gesetzgebung und den parlamentarischen Körperschaften gegenüber. Jeder organisierte Arbeiter wird darauf hingewiesen, daß er in jeder Partei für diese Forderungen nach Möglichkeit eintreten soll, und insofern hat allerdings die christliche Gewerkschaftsbewegung indirekt einen gewissen Einfluss auf alle bürgerlichen Parteien. Das höhere Ziel ist und bleibt die Geschlossenheit und Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen, die erst dadurch zu einem starken Faktor bei Regelung der Arbeitsverhältnisse den Unternehmern gegenüber wird; das Maß des politischen Einflusses ist und bleibt eine sekundäre Nebenwirkung.

In den letzten Jahren wird häufig der Einordnung der Lohnarbeiterschaft in die bestehende Gesellschaft besprochen. Selbst der Staatssekretär v. Berghmann-Hellweg erklärte auf dem Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongress: „Ich wüßte kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart, als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzurichten in die bestehende Gesellschaft.“ Diese Einordnung verlangt von den Arbeitern neben anderen auch eine größere Anteilnahme an den geistigen Kulturwerten. Dafür die Arbeiter zu befähigen, müssen sich ihre führenden Kräfte noch in verstärktem Maße zur Lebensaufgabe machen.

In Gewerben, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stark organisiert sind und das Tarifwesen bereits auf einer höheren Stufe angelangt ist, drohen dieser in neuerer Zeit erhebliche Gefahren in der durch die sozialdemokratische Parteipresse zu stark ausgeprägten Demokratie. Im vergangenen Jahre tobte in Berlin der große Banarbeiterskampf. Das Berliner Gewerbeamt fällt einen Schiedsspruch, der für die nächsten Jahre den Arbeitern einen Stundenlohn von 83 Pfg. sicherte gegen 75 Pfg. seither. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter lehnten indes, entgegen den Ratshältern ihrer Führer, diesen Schiedsspruch, den die Unternehmer angenommen hatten, ab, und die Folge davon war ein Streik von mehrmonatlicher Dauer; er endete, wie vorauszuahen war, mit einer Niederlage der Arbeiter. Und dieses Frühjahr wollten die Unternehmer allen Erstes einen Stundenlohn von 65 Pfg. einführen, der allerdings durch Schiedsspruch wieder auf den vor dem Streik sich befindlichen Satz von 75 Pfg. normiert wurde. Aber nicht allein das; auch die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiter wurde durch diesen Kampf außerordentlich geschwächt. Die vor dem Streik fünf Jahre lang Bemühungen eingebämmte, wilde Kaffordarbeit, soll jetzt wieder in den schrecklichsten Formen in Erscheinung treten. Auch im Buchdruckergewerbe droht der sozialdemokratische Radikalismus her vollkommener Tarifimplosion zur Gefahr zu werden. Die Arbeiter verlangen ein verstärktes Mitbestimmungsrecht; die Tarifinsanzen dagegen erklären mit allem Nachdruck: die Verantwortlichkeit dieser Forderung bedeutet eine völlige Preisgabe des Tarifwesens; die sehr komplizierten Verhandlungen im Gewerbe könnten nicht in einzelnen Kaffordveranstaltungen der Entscheidung unterbreitet werden.

In die jährenden Kräfte der Gewerkschaftsbewegung stellt diese Situation hohe Anforderungen. Sie haben einerseits sich das Vertrauen, das ihnen die Arbeiter geschenkt, nicht abgeben lassen und müssen andererseits ihren Kampfgeist nicht lassen, daß von der Gewerkschaftsbewegung umschloßes nicht verlangt werden darf. Im christlichen Gewerkschaftslager sind die berechtigten Anspruchs bisher weniger hervorgetreten. Es dieses der Fall sein sollte, muß der Reichstag einer überparteilichen Demokratie nachdrücklich entgegengetreten werden. Die Arbeiterorganisationen unseres Vaterlandes sind in den letzten Jahren gewaltig expandiert; aber auch die Arbeitgeber sind umgibt so geschlossen organisiert als in Deutsch-

land. Die Taktik der Arbeiterorganisationen muß daher stets die sein, durch jene der Arbeitgeberverbände durchkreuzt zu werden, wenn die führenden Kräfte der Arbeiter bei Verhandlungen mit dem Unternehmern nicht aber weitgehende Vollmachten verfügen. Das wohlverstandene Interesse der Arbeiter erfordert gebieterisch, daß die christlichen Gewerkschaften regulierend in diesen Prozess eingreifen. Auch aus diesem Gesichtspunkte ist ein weiteres Fortschreiten derselben erforderlich.

Wien, 1. Juni 1908. H. Stegerwald.

### Eine gründliche Blamage

erklert der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Schifffeder bei Hamburg. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Auf der Schifffeder Jutefabrik sind 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt; hiervon sind etwa 40 Proz. beruflich organisiert. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind hier besonders auf Grund des bestehenden „Prämienystems“ nicht besonders günstig. Es erscheint daher durchaus begründet, wenn sich unter der Arbeitererschaft eine Einigung bemerkbar machte, die nach dem Sachverhalt wurde, daß von seiten des sozial. Textilarbeiterverbandes in den einzelnen Abteilungsveranstaltungen die Arbeiter gegen die Direktion aufgewiegelt wurden. Man glaubte, damit die noch nicht der Organisation angeschlossenen 60 Proz. der Arbeitererschaft (ohne die man ja schließlich einen Kampf führen kann) für den Verband zu gewinnen. Das gelang jedoch nicht. Weil in der Spinnerei immer größere Mißstände sich zeigten, forderten die daselbst beschäftigten Arbeiterinnen, die zum größten Teil im sozial. Textilarbeiterverband organisiert sind, von der Direktion Abhilfe, ohne zuvor die Verbandsleitung von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt zu haben. Da jedoch die Direktion der Jutefabrik den Forderungen der Arbeiterinnen nicht entsprach, so legten diese, ebenfalls ohne Kenntnis der Verbandsleitung, am 7. Mai unter Kontraktbruch die Arbeit nieder. Namentlich sperrte die Direktion die gesamte Arbeitererschaft aus, so daß am 8. Mai die Fabrik vollständig still lag.

Der im Norden „rühmlichst“ bekannte Gauleiter Döhler vom sozial. Textilarbeiterverband sollte den in den Sand gefahrenen Karren wieder flott machen; aber vergebens. Döhler wurde die Geister, die er gerufen, nicht wieder los.

Die sozial. organisierten Spinnerinnen stellten folgende Forderungen: 1) Abschaffung des Prämien-systems, 2) 20 Proz. Lohnerhöhung, 3) sollte die Jutefabrik den Bezug ausländischer Arbeiter einstellen. Das ganze Vorgehen der „roten“ Arbeiterinnen war ein höchst disziplinmüßiges. Aus diesem Grunde verweigerte der sozial. Textilarbeiterverband seinen Mitgliedern auch die Unterstützung, selbst den unschuldig ausgesperrten. Die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die ebenfalls ohne jegliches Verschulden mit in den Kampf hineingezogen wurden, erhielten vom christl. Textilarbeiterverband Unterstützung. Darob große Enttäufung bei den „Genossen“. Diesem drohen, aus dem roten Verband auszutreten, falls sie keine Unterstützung erhielten. So mußte sich die sozial. Verbandsleitung entschließen, ihren widerspenstigen Mitgliedern nachträglich einige Part Unterstützung auszusuchen. Die Verbandsleitung in Berlin mußte somit nach der Pfeife ihrer Schifffeder Mitglieder tanzen. Wer damit nicht genug; noch weniger konsequent war es, daß sich der Gauleiter Döhler, der sich nach und zugewandenen Mitteilungen in den Reihen der „Genossen“ einer „großen Beliebtheit“ erfreute, bereit erklärte, die oben erwähnten Forderungen zu vertritt, somit diesen wilden Streik doch billigte.

Bei der später vom Arbeiterausschuß angebahnten Verhandlung, der Gauleiter Döhler beizuhören, soll letzterer eine äußerst demütigende Rolle vor dem Herrn Direktor gespielt haben. Trotz alledem erzielte Herr Döhler nichts. Erst nachdem die Arbeitererschaft die gesamten Forderungen fallen gelassen, öffnete die Direktion am 18. Mai den Betrieb wieder. So fand die ganze Aktion einen für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband blamablen Abschluß. In einer hierauf vom christlichen Textilarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Kollege Schredt-Hamburg referierte, wurde die ins Wasser gefallene Aktion, sowie das Verhalten des Gauleiters Döhler einer scharfen Kritik unterzogen. Das war um so mehr am Platze, als die „Genossen“ bei jedweder Gelegenheit die christlich organisierten Arbeiter herabzuminieren suchen.

Nun wurde von den „Genossen“ ein großer Feldzug gegen die „böhen“ Christlichen ins Werk gesetzt. Am 26. Juni hielt der sozial. Textilarbeiterverband eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1) Die Kämpfe der Arbeiterkategorie um die Existenzberechtigung; 2) Das Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes vor und nach der Arbeitsniederlegung auf der hiesigen Jutefabrik. Als Referenten traten der zweite Zentralvorstande Rößel-Berlin und der Gauleiter Döhler-Samovar auf. Wir glaubten, in Herrn Rößel einen besonders geistreichen Redner zu finden, hatten uns aber gewaltig geirrt. In seinem Referat gab Rößel die alten Ladeln zum Besten, die wir von jedem sozial. Durchschnittsagitator zu hören gewohnt sind. Zunächst versuchte Redner dem mißglückten Kampf zu verschleiern. Das gelang ihm aber schlecht. Sodann zog Herr Rößel in verletzten Angriffen über die „Christlichen“ her. Er gebe in der Arbeiterbewegung noch sehr viel Stänker, es müsse zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung kommen. Im weiteren Verlauf seines Referates hielt Herr Rößel anebowest eine kleine Agitationserre für die christlichen Gewerkschaften, indem er betonte, man müsse ein für allemal mit den konfessionellen Gewerkschaften aufsträumen, katholische und evangelische Arbeiter gehörten zusammen. Als hierauf christlicherseits der Jurist „Seyd richtig“ erscholl, machte Rößel ein ziemlich verduhtes Gesicht. Mit einigen leeren Phrasen beachtete Redner seinen anscheinend ihm selbst zur Qual gewordenen Vortrag. Nun kam Gauleiter Döhler an die Reihe, der in der unfähigsten Weise über die „Christlichen“ und unseren Kollegen Schredt auf Redete. So stellte Döhler u. a. die Behauptung auf, Schredt habe in der vom christlichen Textilarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung gesagt, Döhler sei vom Direktor Reubauer mit Geld bestochen worden (Wir stellen hiermit öffentlich fest, daß eine diesbezi. Äußerung vom Kollegen Schredt nicht getan worden ist). Nach-



dem Döbler eine Viertelstunde gesprochen, war sein „großes“, geistiges Waffenarsenal erschöpft. Sofort nach Beendigung des ersten Referats erhob sich von den christlichen Gewerkschaften Kollege Schred und Gewerkschaftssekretär Hartmann zum Worte gemeldet. Gleichzeitig bemerkten wir, daß zunächst weitere Wortmeldungen nicht erfolgten.

Als erster Diskussionsredner zerpflückte Kollege Schred in dreiviertelstündiger Rede unter stürmischem Beifall die Ausführungen der beiden Referenten und betonte, daß er seine gemachten Behauptungen aufrecht erhalte. Während der Rede des Kollegen Schred äußerte Herr Köffel zu Schred: „Wenn Sie Ihre Bemerkungen nicht sein lassen, fliegen Sie herunter vom Podium.“ Das wurde sofort vom Kollegen Schred in gebührender Weise festgelegt.

Wer nun glaubt, daß der Wortmeldung zufolge unser Kollege Hartmann das Wort erhielt, befindet sich im Irrtum. Vielmehr erhielt nochmals der zweite Zentralvorsitzende Köffel das Wort. Er behauptete zunächst die Ausrufung bezgl. des Referatsfliegens, aber er sei gereizt worden. Sodann stimmte Herr Köffel ein Klagegedicht an. Von einer solchen Versammlung hätten weder sie (die Genossen) noch die Christlichen einen Gewinn, auch solle man von Seiten der „Christlichen“ eine anständiger Agitation betreiben, auch müsse er dem Kollegen Schred darin recht geben, wenn sich dieser über den Terrorismus, der von Seiten der Mitglieder des „deutschen“ Verbandes gegen die christlich organisierten Arbeiter geübt werde, beschwere; man solle den Gegner anständig behandeln.

Nunmehr erteilte der Vorsitzende wiederum das Wort dem Gauleiter Döbler, wogegen unser Kollege Hartmann unter Hinweis auf seine an zweiter Stelle erfolgte Wortmeldung mit Entschiedenheit protestierte. Der Vorsitzende Hofmann erwiderte hierauf mündlich: „Ordnungsgemäß hat der Kollege Hartmann das Wort.“ Trotzdem beharrte Döbler darauf, daß ihm das Wort erteilt werde. Und er erhielt es auch. Hier zeigte sich so recht die „Freiheit“ der „Genossen“ und zugleich auch die Furcht vor den Christlichen. Einen kläglichen Eindruck machte es, daß sich der Vorsitzende ohne weiteres seine Rechte von Döbler aus der Hand nehmen ließ. Ein netter Vorsitzender. Zudem durch diesen „feigen Akt“ unserem Kollegen Hartmann die Möglichkeit, noch zu sprechen, genommen war, verließen die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes geschlossen den Saal, was den Genossen höchst unangenehm war, da von den 300 Versammlungsbefehlerten kaum 100 im Saale verblieben. Das schien selbst dem zweiten Zentralvorsitzenden Köffel über die Gemütslichkeit zu gehen, daß im Norden in einer von den „Genossen“ einberufenen Versammlung die „Christlichen“ die Majorität bilden.

Hinsichtlich der zweiten Ausführungen des Herrn Köffel bemerkten wir folgendes: Wir sind der Ansicht, daß sich ein zweiter Zentralvorsitzender nicht so leicht zeigen lassen darf, sondern kaltes Blut bewahren muß. Auch können wir ja Herrn Köffel den Schmerz nachfühlen, den er an diesem Abend empfand, weil er keine Mitglieder gewinnen konnte. Der „Gimpelgang“ dürfte in Schiffsbed zu Ende sein. Bezüglich der „anständigen Agitation“ verweisen wir auf einen Vorgang, der sich auf dem soz. Gewerkschaftstanz abspielte. Dort sagte ein Vertreter des Textilarbeiterverbandes, die Agitationsweise des Brauerverbandes sei genau dieselbe, wie die des Reichslügenverbandes. Herr Köffel, das hat man den christlichen Gewerkschaften noch nicht nachsagen können! Wenn Köffel seinen „Genossen“ empfahl, den Gegnern gegenüber anständig zu bleiben, so haben wir das von ihm selbst gegenüber dem Kollegen Schred vernommen. Ein Vernichtungskampf gegen die Christlichen sollte der Feldzug werden, eine gründliche Blamage für die roten ist er geworden. Die christlich gesinnten Arbeiter von Schiffsbed aber mögen immer mehr erkennen, daß ihr Platz nur in den christlichen Gewerkschaften sein kann.

Soldatenbrief.

Auch im bunten Rod hat der Kollege seine Gewerkschaft nicht vergehen, der in einer längeren Zeitschrift, die wir auszugswweise hier folgen lassen, fern von der Heimat und dem Verbandsleben seine Kollegen und Kolleginnen zu eifriger Agitation anfeuert. Der Kollege liest auch als Soldat stets unser Organ und die „Weltdeutsche“. Es heißt in dem Soldatenbrief, der von echt gewerkschaftlichem Geiste zeugt, u. a.:

„Der Hinweis auf die Agitation ist schon alt, und doch bleibt er für jede Bewegung, besonders aber für die Arbeiterbewegung, ewig neu. So lange es eine Arbeiterbewegung gibt, wird die Frage der Agitation immer wieder als Voraussetzung für jede andere Frage gelten müssen. Will unsere christliche Arbeiterbewegung all die großen Kulturfragen „lösen“, so muß in der Agitation noch unendlich viel geschehen. Hier darf weder Raß noch Ruhe gemacht werden. Darum heißt es in allen Gewerkschaftsblättern auch immer wieder: „Kollegen und Kolleginnen, agitiert für den Verband!“ Muß nicht die oft müde Agitation der Gegner von Hüben und Dröben für uns ein besonderer Ansporn zur Agitation sein? Den Unternehmern müssen wir es zugeben, daß sie in den letzten Jahren in der Agitation sehr erfolgreich tätig waren. Da ist es unbedingt notwendig, auch unsere Reihen zu stärken, um den Unternehmernverbänden gegenüber stark sein zu können. Wir haben die heiligste Pflicht, besonders für Ausbreitung unserer christlichen Bewegung tätig zu sein. Müßten wir wegen der Kulturmission, die unsere Bewegung zu erfüllen hat, nicht ganz besonders auf die Ausbreitung unserer Ideen bedacht sein? Wir als christliche Arbeiter haben dafür zu sorgen, daß die christliche Weltanschauung in unserem Wirtschaftsleben maßgebend wird und bleibt. Um aber das durchzuführen zu können, ist eine unermüdete Agitation für unsere Arbeiterbewegung notwendig. Getrieben von dem kulturellen und ideellen Wert der Bewegung, muß jeder rastlos für die Ausbreitung unserer Ideen tätig sein. Um aber diese Arbeit fruchtbringend zu gestalten, ist es notwendig, die Agitation in der richtigen Art und Weise zu betreiben. Wie aus dem Auge zu verfolgen ist die Kleinagitation innerhalb der schon bestehenden Ortsgruppen. Doch darüber möchte ich an dieser Stelle nicht sprechen. Ich will vielmehr der Ausbreitung nach außen hin das Wort reden. Damit meine ich die Neugründungen von Ortsgruppen und Bahnhöfen für

die einzelnen Verbände. Da möchte ich nun folgende Punkte hervorheben, die nach meiner Ansicht bis jetzt zu wenig beachtet wurden.

Ich weiß eine ganze Anzahl Ortsgruppen unseres Verbandes, wo neben derselben noch sehr gut eine oder mehrere Bahnhöfen anderer Verbände bestehen könnten. Daselbe gilt aber auch von den anderen Verbänden uns gegenüber. Hier muß unbedingt der Gemein Sinn mehr zur Geltung kommen. Leider habe ich schon oft die traurige Erfahrung machen müssen, daß die bestehenden Bahnhöfen nicht das geringste in dieser Hinsicht tun. Jahrzehlang bestanden sie schon, ehe sie mal etwas für die anderen Berufe unternahmen, es sei denn, daß durch Zufall doch die anderen Verbände eingeführt wurden. Hier müßte das Verantwortlichkeitsgefühl der Gesamtbewegung gegenüber mehr die Triebfeder zu praktischer Arbeit sein. Es wäre eine große Pflichtvergessenheit unserer christlichen Arbeiterbewegung gegenüber, wollten die einzelnen Ortsgruppen diesem Punkt nicht ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Auch könnte es nach meiner Ansicht nicht schaden, wenn die einzelnen Bezirksleiter diesen Punkt mehr und mehr beachteten. Um die dadurch für die Agitation des eigenen Verbandes verloren gehende Zeit brauchen sie wohl nicht besorgt zu sein.

Dann weiter: Es gibt eine ganze Anzahl Ortsgruppen, die Orte in ihrer näheren Umgebung liegen haben mit einer größeren Anzahl gewerkschaftlicher Arbeiter. Da dürfen die Kollegen und Kolleginnen das keine Opfer nicht scheuen, um an einem freien Sonntagmorgen die Arbeiter aufzusuchen. Wer es mehrere Male gemacht hat, wird Freude daran finden. Natürlich müßte man dann mit dem neuesten Agitationsmaterial ausgerüstet sein. Empfiehltenswert wäre es, wenn die Flugblätter mehr den engeren Bezirken angepaßt wären und die speziellen Verhältnisse darin besprochen würden. Dies möchte ich namentlich für unsern Verband mehr durchgeführtes wissen. Leider wurde es den „Freien“ infolge der Saumlosigkeit der christlichen Arbeiter oft leicht, in Orte einzudringen, wo man es kaum für möglich gehalten hätte. Der Drang nach Organisierung liegt in der Arbeiterschaft zu sehr begründet. Wer die Gelegenheit zum Zusammenstoß gibt, dem schließen sie sich an. Der Ausnutzung der günstigen Situation verbanden die „Freien“ viele Mitglieder. Aber auch für uns ist die Situation gut. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Wie sprühende Fontänen ist der Gedanke überall bei der Arbeiterschaft eingeschlagen. Ihre Fahne weht heute sowohl in den Hochburgen der Sozialdemokratie, als in der nach „Vermehrter Muster“ auf „Klaveninn“ und „Humbdenut“ dreifachten Masse. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, diese Günst der Situation mit aller Kraft auszunutzen. Noch viel mehr muß an der Ausbreitung der Bewegung gearbeitet werden. Doch Tausende sind für uns zu gewinnen, und sie müssen kommen, wenn alle ihre Pflicht voll und ganz tun. Jeder muß, wie ich schon anfangs erwähnte, das stolze Empfinden haben, an einer großen Bewegung im Geiste des Christentums zu arbeiten. Und diese hohe Empfindung gibt immer wieder frische Kraft und neuen Mut für die harte Arbeit. Auf einen Mißerfolg hin darf man nicht gleich die Hände ins Nichts werfen. Das heißt ja einen jungen Mann, der nicht gleich Früchte trägt, abhauen. Nur „steter Tropfen höhlt den Stein“.

Und in diesem Sinne will ich meine Zeilen schließen. Ich hoffe, daß für die Zukunft den von mir vorgebrachten Gedanken Beachtung geschenkt wird. Besonders hoffe ich es auch von den leitenden Kreisen unseres Verbandes. Ein Soldat.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreizügigkeiten.

Strefeld.

Bekanntlich wird in den hiesigen und auch auswärtigen Samt- und Samtbandfabriken fast durchweg mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. In einigen Betrieben waren die Bandweber bis jetzt noch leidlich beschäftigt, jedoch werden auch für diese Branche die Aussichten bezw. Beschäftigung immer schlechter. Diese Situation scheinen einige Fabrikanten auszunutzen zu wollen, um den Arbeitern eine Lohnreduzierung aufzuzutrocknen. So versuchte es z. B. die Firma Pelzer Gebr. Strefeld den Lohn auf Band bis zu 10% zu reduzieren. Die Arbeiter haben jedoch in zwei Fabrikbesprechungen das Ansinnen der Firma entschieden zurückgewiesen. Die Firma sah denn auch von der Reduzierung ab, teilte aber der Belegschaft mit, daß jetzt eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten müsse, da sie die Drozes jetzt nicht annehmen könne. Unsere Ansicht geht nun dahin, es ist besser, daß unter solchen Umständen eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, als daß ein Fabrikant den Weg der Schmutzkonkurrenz beschreitet. Sonderbar ist es, daß es in der Regel immer dieselben Fabrikanten sind, die durch Anführung obiger Argumente in der schlechten Zeit eine Lohnreduzierung motivieren wollen. Solche Fabrikanten sollten doch endlich einen Solhtarif, der für beide Teile Geltung hat, einbringen, ebenjotig respektieren wie die Arbeiter. Wie uns mitgeteilt wird, will die Firma Andrea in Sülzeln ebenfalls eine Reduzierung vornehmen. Möge die Arbeiterschaft aus diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen und in der schlechten Zeit erst recht an der Organisation festhalten.

Vierjen.

Der Streik bei der Firma Pongß u. Zahn beendet! Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Stern ist eine beide Teile zufriedenstellende Uebereinkunft zwischen der Firma Pongß u. Zahn und ihren streikenden Webern zustande gekommen. Die Weber haben am Dienstag, 30. Juni, die Arbeit im ganzen Umfange wieder aufgenommen.

Aus unsern Bezirken.

Bamberg-Fulda.

Ein Bild aus Oberfranken. „Handwerk hat einen goldenen Boden!“ Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo auch die Hausweber vom schönen Frankenwabe mit voller Beschäftigung von ihrem Handwerk sagen durften, daß es einen goldenen Boden habe. Diese „alten“ Zeiten waren für unsere Berufskameraden im nördlichen Bayern im wahren Sinne des Wortes auch noch gute Zeiten. In den letzten Jahrzehnten ist das anders geworden. Eine Verschlechterung der Arbeits- und ganz

besonders der Lohnverhältnisse ist, wie wohl kaum in einer andern Gegend Deutschlands, dort eingetreten. Kommt man zum ersten Male in das an Naturschönheiten so überreiche Oberfranken, bricht man unwillkürlich in Rufe der Verwunderung aus über die prächtigen und herrlichen Landschaftsbilder, die sich hier dem Auge bieten. Man kann im ersten Augenblick gar nicht anders, als wie die Bewohner dieses Fleckchens Erde beneiden. Erhält man nun aber einen tieferen Einblick in die Verhältnisse, unter denen die Arbeiterfamilie dortselbst und insbesondere hunderte Weberfamilien ihr Dasein fristen, so ist man bitter enttäuscht. Man trifft hier in der Regel Wochenlöhne ganzer Weberfamilien von 10, 9, ja sogar von 8 Mark und noch weniger an. Und von diesen „Löhnen“ müssen unsere Kollegen sogar noch die Ausgaben für das Bettelstulen bestreiten, was für jeden Bettel im Durchschnitt 5-6 Mark ausmacht. Über was sagen unsere Kollegen nun draußen im Lande dazu, wenn wir ihnen weiter mitteilen, daß die Hausweber vom Frankenwabe ohne Ausnahme für alle Nebenarbeiten, wie Betteln, Spulen, Andrehen, Geschüre einrichten usw., keinen Heller und Pennig Vergütung erhalten? Und was erst dazu kommt, daß es hier zu Lande sogar Faktoren (Zwischenmeister) gibt, die ihren Arbeitern das zu verarbeitende Material unter freiem Himmel bei Regen, Eis und Kälte verabreichen, die sich die Kosten ersparen wollen für die Erbauung selbst eines einfachen Holzschuppens? Kann man solche Zustände noch eines Menschen würdig nennen? Wenn irgendwo anders im Lande, dann hat es gerade hier ein rückwärtsgerichtetes und unerträgliches Egoismus verstanden, Geschäfte zu machen. Er hatte aber auch ein völlig freies Spiel, da die Weber nicht einen wirtschaftlichen Berufsvereinigung angeschlossen waren, welche mit Energie und Entschiedenheit sich der Wahrnehmung ihrer Interessen angenommen hätte. Die vielen hier zu Lande noch bestehenden Webervereine, mit ihrem Monatsbeitrage von 10 Pennig konnten ja auch nach dieser Richtung hin so gut wie gar nichts für ihre Mitglieder tun. Unsere Berufskameraden haben nun auch schon bereits angefangen, dieses einzusehen. Die Mitglieder des Webervereins Eichenreuth waren die ersten, die sich fast sämtlich unsern Verbände angeschlossen und damit bewiesen, daß sie die Notwendigkeit des Anschlusses an eine starke Organisation, die sich über das ganze Reich erstreckt, erkannten. Ihrem Beispiel folgten acht Tage später die Kollegen des Webervereins von Talberggrün. An noch mehreren andern Orten wollen die Kollegen ebenfalls Ortsgruppen unseres Verbandes gründen und daran mitarbeiten, daß die vielen hunderten von Webern, die es hier noch gibt, sich ebenfalls organisieren. Unverkündet ist, daß an einzelnen Orten, wie z. B. in Schwarzrödenbach am Wald, einige sozialdemokratische Schreier, welche gar nicht dem Weberberufe angehören, mit allen schäbsten Mitteln versuchen, die Weber von dem Eintritt in die Organisation zurückzuführen. Trotzdem diese Leute vorgehen, nur immer das Beste der Arbeiter zu wollen, haben sie aber hier noch niemals eine Hand für die Weber gerührt. Unsere Kollegen im Frankenlande haben aber für die Quertreiber in dieser „Weltverbesserer“- das richtige Verständnis. Sie wissen, daß, wenn es endlich einmal für sie besser werden soll, sie jetzt daran gehen müssen, ihre Kollegen aufzuklären über die Bestrebungen unseres Verbandes.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mühlheim a. Rh. Am 24. Juni fand unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, wurde beschlossen, im Interesse unserer Ortsgruppentafel von der Entsendung eines Delegierten zum Bezirks-Wahlkomitee Abstand zu nehmen. (2) Eine recht lebhafteste Debatte entspann sich, als die demnächst stattfindende Verbands-Generalversammlung zur Sprache gebracht wurde. Aus der Mitte der Versammlung wurden verschiedene Anträge gestellt, gehörig durchberaten und sodann beschlossen, diese Anträge der Verbands-Generalversammlung vorzulegen. Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß am 12. Juli im hiesigen Schützenhause das Gewerkschaftsfest des Röh-Wälheimer Bezirksstarkes stattfinden. Parteien zu 10 Pf. sind vor dem Kaffierer und bei den Vertrauensmännern zu haben, ebenso finden an den vier Sonntagen im Juli in Köln im Gürzenich Volkstanzveranstaltungen statt. Parteien zu 35 Pf. sind bei dem Kaffierer zu haben. Im weiteren besprach man die Einführung der Lohnzahlungsbücher, und der Vorsitzende legte es den Mitgliedern ans Herz, die Eintragungen prompt und gewissenhaft zu machen, doch solle vorher eine gemeinsame Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung abgehalten werden, um die Eintragungen so einfach wie eben möglich zu machen. Des ferneren empfahl der Vorsitzende den Mitgliedern, sich das vom Zentralvorstande so warn empfohlene Schriftchen: Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiter anschafften.

NB. Unseren Mitgliedern legen wir nochmals die dringende Bitte ans Herz, in Zukunft besser und pünktlicher unsere Mitgliederverammlungen zu besuchen, unser Organ fleißig zu studieren und in der Agitation für unsern Verband nicht zu erlahmen.

Süchteln. Am 29. Juni hielten wir eine öffentliche Versammlung ab. Der Besuch war ein guter; nur wenige Kollegen glänzten durch Abwesenheit. Als Referenten hatten wir unsern Zentralvorsitzenden Kollegen Schiffer gewonnen. Derselbe verbreitete sich in 1 1/4 stündigem Vortrage über Arbeiterfragen der Gegenwart. Redner freiste unsere deutschen Arbeiterversicherungsgesetze, anerkannte, daß dieselben manches Gute für die Arbeiterschaft gebrocht hätten; doch vieles an ihnen sei noch reformbedürftig. Auch über Arbeits- bezw. Arbeiter-tasamenen verbreitete Redner sich in eingehender Weise. Dann kam er noch auf das neue Vereins- und Versammlungsrecht zu sprechen und ermahnte, zum Schlusse kommend, jeden auf seinem Posten zu sein. Wir müßten sein: moderne Staatsbürger und gute Christen. Der Arbeiter des 20. Jahrhunderts müsse wissen, welche Anforderungen das Leben an ihn stelle. Die Versammlung, die dem Referenten mit Interesse gefolgt war, sollte den trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der anschließenden Diskussion sprach noch der Präses des kath. Arbeitervereins, dessen Ausführungen sich im Sinne des Referenten bewegten.

Bettingen. Vom günstigsten Wetter begünstigt, wurde hier am 28. Juni unser erstes Stützungsfest gefeiert. Kollege Heuler-Rheine hielt zunächst eine beifällig angenommene Ansprache an die Mitglieder. Redner schilderte uns die großen gewerkschaftlichen

Kämpfe, welche ganz besonders in der christlichen Organisation durchzuführen seien, wies uns dann auf die Tarifverträge hin, die mit der Zeit auch noch in der Textilindustrie als „gewerbliche Friedensdokumente“ Anerkennung und Anwendung finden würden. Hierzu ging man zum gemäßigten Teil über, indem durch abwechselnd vorgetragene Koncertstücke, theatralische Aufführungen sowie Lomische Vorträge für heitere Stimmung bestens gesorgt wurde. So nahm das Fest einen schönen Verlauf und zeugte von der Brüderlichkeit der Gewerkschaftler untereinander.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage.

Ein dunkles Bild. Arbeiterentlassungen, Lohnreduzierungen, Arbeitszeitverkürzungen in allen Bezirken des Textilgewerbes. Wenn zu einer Zeit die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung deutlich in die Erscheinung tritt, dann in dieser Zeit des geschäftlichen Tiefstandes. Viele Arbeitgeber gehen wenig human gegen die Arbeiter vor. Und kann es wunder nehmen, daß es vielfach gerade hier in der Gewerkschaftsbewegung stehenden Kollegen sind, die die Peitsche der Entlassung zuerst zu fühlen bekommen? Unser Verband verliert dadurch viele tüchtige Kollegen, denn vielfach gehen die Entlassenen zu einem anderen Berufe über und kehren zum Textilgewerbe nicht mehr zurück.

Zu der geplanten Betriebs einschränkung in der Seidenindustrie wird gemeldet, daß der Vorstand des Verbandes der Seidenstofffabrikanten Deutschlands in seiner Sitzung in Wiesbaden die Berechtigung der von den Großhändlern geltend gemachten Gründe durchaus anerkannt habe, daß es aber trotzdem bei einer bloßen Einschränkung der Einschränkung sein Verbänden haben müsse, indem eine generelle Betriebs einschränkung auf zu große Schwierigkeiten stoßen würde. Es ist auch in der Schweiz bisher nicht zu einer einschneidenden Reduktion gekommen. In Como (Italien) muß der Arbeiter wegen einer einschneidenden und allgemeinen Einschränkung Umgang genommen werden. Doch haben in Como und Umgebung namentlich die großen Etablissements schon seit längerer Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen.

Der Verein der Textilindustriellen des Wiesentales und dessen Umgebung ist, nachdem der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller für vier Monate eine 14% ige Arbeitsreduktion in der Baumwollspinnerei und Weberei hat eintreten lassen, dieser Abmachung am 26. Juni einstimmig beigetreten und wird in seinen Betrieben vom Juli-Oktober die gleiche verkürzte Arbeitszeit strikte durchzuführen. Die in Boldingen verammelt gewesenen Spinner und Weber von ganz Württemberg haben einstimmig beschlossen, ihre sämtlichen Betriebe an den Samstagen völlig zu schließen. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. Juli in Kraft und ist bis Ende Oktober obligatorisch.

Auch die in Düsseldorf abgehaltene Versammlung westdeutscher Baumwollspinner beschloß eine Betriebs einschränkung für vier Monate auf derselben Grundlage wie die süddeutschen Spinner. Bindende Erklärungen der einzelnen Betriebe wurden bis zum 12. Juli eingefordert.

Die „Kön. Wtg.“ meldet aus Braunschweig folgenden Beschluß der Futteindustriellen: Der Verband deutscher Futteindustrieller beschloß, für das dritte Vierteljahr eine Betriebs einschränkung um 15% für Webstühle und für Webstuhlspindeln, außerdem eine solche von 7 1/2% für Verkaufsgarn-Spindeln festzusetzen, und zwar für den gesamten Maschinenbestand, unter Beibehaltung einer höchsten Arbeitszeit von 60 Stunden die Woche. Den Anlaß zu dieser Maßnahme bildet natürlich geringe Beschäftigung.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der christliche Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter, der in den Tagen vom 4. Juli an seine Generalversammlung abhielt, unterbreitet durch den Zentralvorstand den Mitgliedern, den für die Berichtsperiode 1906-8 fälligen Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 12158 auf 15505 gestiegen ist, so daß sich eine Zunahme von 3347 ergibt. Der Vorstand konstatiert eine starke Fluktuation der Mitgliedschaft. Von den zahlreichen Lohnbewegungen führten 98 zu Streiks und Aussperrungen. An 182 Tarifverträgen, die zum größten Teile von dem Verbands selbständig abgegeschlossen wurden, ist derselbe beteiligt. Demgemäß sind einem großen Teile der Mitglieder namhafte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesichert worden. 17 freigestellte Beamte sind für die Verwaltung und agitatorische Ausbreitung des Verbandes tätig. Einen besonders erfreulichen Fortschritt hat derselbe bezüglich der finanziellen Entwicklung zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen während der zweijährigen Berichtsperiode betragen 430527,40 Mk., denen 369908,40 Mk. Ausgaben gegenüberstehen, so daß am Schlusse des Geschäftsjahres (31. März 1908) ein Vermögen von 79318,51 Mark vorhanden war. Die Einnahmen und Ausgaben haben sich demgegenüber dem vorhergehenden Berichtsjahre mehr als verdoppelt. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke stiegen mit 111956,88 Mk. zu Buche und summieren sich wie folgt: Streik- und Maßregelungsunterstützung 85957,76 Mk., Reise- und Postauslagen 10192,73 Mk., Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 10487,01 Mk., Rechtschutz 2433,18 Mk. und Sterbegelder 2942 Mk. Das Verbandsorgan, die „Gewerkschaftsstimme“ erscheint wöchentlich einmal und hat an Umfang eine wesentliche Vergrößerung erfahren. Neben den in der Industrie und im Transportgewerbe beschäftigten Arbeitern gehören in Bayern dem Verbands auch über 3000 staatliche Forst- und Militärarbeiter an. Kleine Anfänge hat der Verband auch schon mit der Organisierung der landwirtschaftlichen Arbeiter gemacht, für die bereits schon einige Tarifverträge mit Gutsbesitzern abgeschlossen wurden. Der Zentralvorstand schlägt der Generalversammlung eine Reform des Verbandsstatuts vor, um mehr den inneren und äußeren Ausbau des Verbandes zu ermöglichen. Am Schlusse des Berichtes spricht der Verbandsvorstand allen für den Verband tätigen Mitgliedern den Dank aus und appelliert an dieselben, auch fernherhin mit Liebe und unter Beobachtung christlicher Grundsätze für die Ausbreitung desselben Sorge zu tragen.



**Verbandstag der christlichen Holzarbeiter.**  
In Anwesenheit von 38 Delegierten und Beobachtern, sowie unter zahlreicher Beteiligung von Vätern und Mitgliedern fand in den Tagen vom 27. Juni bis 2. Juli in München die fünfte Gesamtsammlung des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter Deutschlands statt. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm dessen Generalsekretär Stegerwald an den Verhandlungen teil. Der schweizerische Holzarbeiterverband hatte seine Sekretäre Eisele und Treben als Vertreter entsandt; der österreichische Holzarbeiterverband war durch seinen Vorsitzenden Schmid vertreten.

Der Bericht des Zentralvorstandes, der vom Verbandsvorsitzenden Kurtzschick erstattet wurde, ergab das Einverständnis der Delegierten mit der Geschäftsführung des Verbandes. Die Finanzverhältnisse haben durch die auf dem letzten Verbandsstage in Offen 1906 beschlossene Beitragsänderung keine Stärkung erfahren. Die damals eingeführten und verbesserten bestehenden Unterstützungen verdrängen die Mehreinnahmen. Nennbar muß geschaffen werden in Bezug auf die Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Saisel und Auspflanzungen. Die Mitgliederzunahme des Verbandes beschränkt sich nicht ganz. Die zeitliche Lage des Wirtschaftsmarktes bedeutet die erste schwere Krise für die Entwicklung des Verbandes. Ein Referat des Redakteurs Janjen, sowie die nachfolgende Diskussion brachten die ungeteilte Meinung, daß nur durch die agitatorische Kleinarbeit der Verband über die Krise hinwegzubringen ist. Die Agitation ist mehr in ein System zu bringen und sind hierbei die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Branchen und Bezirke zu berücksichtigen.

Die Beratung der vorliegenden 135 Anträge ergab die Ablehnung sämtlicher Anträge, die auf die Neueinführung von Unterstützungen und die Verbesserung der bestehenden hinführten. Nur findet in Zukunft eine Aufrechnung des Sterbegeldes mit anderen Unterstützungen nicht mehr statt. Die Zahlstellen erhalten die Berechtigung, lokale Eintrittsgelder und Beiträge zu erheben. Von den naturlichen Beiträgen für männliche Mitglieder verbleiben in Zukunft 2 Pfennig in den Lokalassen, 5 Pfennig sind für die Bezirkssekretariate bestimmt. Die Beiträge für weibliche Mitglieder sind ganz an die Hauptkasse abzuführen. Ein Antrag auf Einführung eines Verbandsauschusses neben dem Zentralvorstand wurde abgelehnt. Das Organ führt in Zukunft den Titel „Der Holzarbeiter“. Die Quartalsabrechnungen werden in Zukunft nicht mehr im Organ veröffentlicht, sondern gehen den Ortsverwaltungen gesondert zu. Eine Anzahl Anträge wurde dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Außerdem wurde der Zentralvorstand beauftragt, jährlich zu insgesamt 500 Mark Zuschüsse an Teilnehmer von volkswirtschaftlichen Kursen, die Mitglieder des Verbandes sind, zu gewähren. Voraussetzung der Gewährung der Unterstützung ist eine fünfjährige Verbandszugehörigkeit, geteilt praktische gewerkschaftliche Arbeit und das Mitbestimmungsrecht des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften bei der Festlegung des Programms des Kurses. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden Kurtzschick; als 2. Vorsitzender wurde W. Hamer-Kretschel gewählt. Als weiterer Beamter für den Zentralvorstand wurde Weyerer-König bestimmt. Die anregend verlaufenen Verhandlungen schlossen mit einem Bortrage des Vorsitzenden über die Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie.

**Aus gemerkschaftlichen Organisationen.**

**Die abgewiesenen Freier.** Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsführer, die nach vor wenigen Jahren die konfessionellen Arbeitervereine als höchst überflüssige, veraltete und überlebende Gebilde bezeichneten, haben in der letzten Zeit eine auffallende Sympathie für die evangl. Arbeitervereine in sich entdeckt. Obwohl letztere die Liebe der „Kirche“ nicht im geringsten erwidern, setzen die Hirsch'schen mit der Beharrlichkeit eines verfluchten Aiten das Siebesleben fort. Ja sie werden schließlich dreißig, wie's so alte Freier, die in ihrem Leben so wenig Gegenliebe gefunden, in der Regel werden. Vielleicht darf man den Zustand der „Kirche“ nach dem jüdischen Dialekt mit „meschuge“ bezeichnen. Und in solchen Zustände macht einer schon leicht Dinge, die er besser nicht gemacht hätte. So auch unsere armen „Kirche“. Ungeladen erscheinen sie auf dem Verbandsstage der evangl. Arbeitervereine und benehmen sich dort berart auffällig, daß sie sich von der evangl. Wochenschrift „Die Arbeit“ in Nummer 26 folgende wenig schmeicheleichen Komplimente jagen lassen müssen:

Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsführer haben sich den evangelischen Arbeitervereinen auf dem halber Delegiertentag in einer Art und Weise in Erinnerung, die als belästigendes Eindringen bezeichnet werden muß, wie es von zwei christlich-wirtschaftlichen Delegierten an Ort und Stelle auch schon geäußert ist. Obwohl der H.-D. Gewerkschaftsführer selbstredend keine Einladung angenommen war, hat er doch den Generalsekretär längerer Begründungsreden an die Delegiertenversammlung gerichtet und hat in einem anmaßlichen, daß ein Vertreter der Gewerkschaften gähe an den Verhandlungen teilnehmen sollte. Dieses Schreiben wurde am Morgen des ersten Tages zur Verfügung gebracht, allerdings unter Protest. Einige Delegierte erklärten mit Recht, daß die H.-D. Gewerkschaften ganz offenbar unläutere Absichten verfolgten, wenn sie sich auf einmal so empfindlich fremdlich zu den evangelischen Arbeitervereinen verhalten wollten. In Beginn der Verhandlungsbereitungen nahm man gar nicht in dem Vorfeld bereits angelegte Vertreter des Wort zu einer Begründungsrede — er hatte es im Laufe des Vormittags und während des Nachmittags fertig gebracht, daß man ihm das Wort gewährt. Nachher kein Ausnahmefall.

Im Namen des Zentralvorstandes der deutschen Gewerkschaften begrüßt ich den Delegiertentag der evangelischen Arbeitervereine. Ich darf Ihnen die freundliche Nachricht (1) übermitteln, daß der Gesamtverband der deutschen Gewerkschaften den Versuch der Lösung mit großer Zurückhaltung entgegensteht. Der Verband hat in den letzten Jahren die Entscheidung mit Zurückhaltung entgegengenommen und Ihre Tätigkeit auf religiösem und sozialem Gebiet lobend anerkannt. Ich darf im Namen der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften die rühmliche Tätigkeit anerkennen. Ihre Stellung zu den evangelischen Arbeitervereinen ist hervorragend. Sie haben aber auf dem letzten Verbandsstage von neuem bewiesen, daß wir mit Ihnen in jeder Art und Weise harmonisch zusammenarbeiten wollen und unter gleichzeitiger Würdigung, daß dieses harmonische Zusammenarbeiten auch für die Zukunft bestehen bleiben möge zum Besten der Arbeiterbewegung.

Ein Herz und eine Seele — mehr Wesen, was willst du noch mehr. Man sieht die herkömmliche Erkel'sche Zeit ist noch in Mode. Wie sollte es auch anders sein, da der große Anton doch jetzt am Steuer des freischwebenden Hirsch-Dunder'schen Schiffes ist und zweifellos auch die doppelte Begründung des Delegiertentages der evangl. Arbeitervereine arrangiert hat. Schöne, schmeichelehafte Worte! Die große Firma Hirsch-Dunder erkennt die Tätigkeit der evangelischen Arbeitervereine „auf religiösem und sozialem Gebiet“ an und wünscht festlich „auch für die Zukunft“ ein „harmonisches Zusammenarbeiten“ seiner Organisationen. Wie schön doch gleich vor einigen Jahren der Hirsch-Dunder'sche „Gewerkschafts-Vote“?

Oder will man etwa die kathol. oder evangelischen Arbeitervereine, dieses seltsame Gemisch religiöser Arbeiter, kleinerer Beamten, sowie christlicher und jüdischer Geschäftsleute als Arbeiterorganisationen bezeichnen? Wir danken.  
Die Hirsch'schen können eben alles.  
„In jeder Art und Weise harmonisch zusammenarbeiten“ — das hört sich ganz gut an. Doch es ist nicht einmal theoretisch möglich. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften gehen in ihrer Arbeit von dem Grundgedanken aus, daß das Christentum im Wirtschaftlichen nichts zu tun hätte. Die evangelischen Arbeitervereine dagegen sagen: „Das Ziel unserer sozialen Arbeit ist die Entfaltung der Weltneuwerden Kräfte des evangelischen Christentums in dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart.“ Also schon ein prinzipieller Gegensatz.

Wir werden dafür sorgen, daß die beide Verbände trennenden Momente nicht in Vergessenheit geraten. Unsere evangelischen Arbeitervereinsmitglieder sind zu gut, um den alterschwachen Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften zum Opfer zu fallen, sie schließen sich in immer größerem Maße dem kraftvoll aufstrebenden ihrer Gesinnung mehr entsprechenden christlichen Gewerkschaften an, die heute ca. 380.000 Mitglieder zählen. Der „Hirsch“ nennt unaufhaltsam dem Abgrund entgegen — die Stunde ist hoffentlich nicht mehr fern, da er den letzten Todesseufzer von sich geben wird.

Die „Arbeit“ hat gut getan, daß sie den aufdringlichen „Hirsch“ einmal gründlich die Leiden geleht. Ehrlich gemeint ist es diesen mit der Sympathiebegabung für die Sache der evangl. Arbeitervereine hoch nicht. Die Hirsch'sche und Ehrlichheit! Wie unzuverlässig sie sind, mag wieder folgendes beweisen:

Der „Hirsch-Dunder'sche“, das Organ des Gewerkschaftsverbandes der deutschen Bauhandwerker (H.-D.) schreibt in seiner Nr. 11 vom 20. Mai gelegentlich einer Aufzählung an die Mitglieder zur Bekämpfung der Agitation:

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben ergeben, daß man auf jener Seite alles daransetzen wird, der bei uns bis jetzt üblich gewesenen Agitationsform Knappheit zu machen die keine zu werfen. Es bedarf hierzu keines Beweises; denn in den Tarifen selbst wird bekundet, daß die Agitation auf der Baustelle verboten ist. Obwohl die Arbeitgeber selbst nicht daran denken und glauben, daß dieses Verbot von Seiten der Arbeitnehmer streng beachtet wird, so muß immerhin bei der Umgehung dieser Paragraphen vorsichtig zu Werke gegangen werden, da auf Grund der Machtgehalte der Unternehmer nachteilige Folgen für die betreffenden Kollegen eintreten können. Aber immerhin werden sich unsere Kollegen trotz dieser Bestimmung niemals von Seiten der Arbeitgeber einem Rauford umbinden lassen. Und das mit Recht!

Berühmt die Aufforderung, bei der Umgehung des betragsmäßig festgelegten Agitationsparagraphen recht vorsichtig vorzugehen, in erster Linie gegen Kreuz und Stauben, so sollte sich das Hirsch-Dunder'sche Organ doch auch fragen, daß eine solche Handlungsweise die Unternehmer doch nur zur Forderung weiterer Maßnahmen veranlassen muß. Es ist dazu eine taktische Zumutung ersten Ranges. Gleichfalls ist die Hirsch-Dunder'sche Bauhandwerkerorganisation zu unbedeutend, um das mit so großen Eiferen umtande gebrachte Tarifwerk zu gefährden. Um so mehr ist eine Zurückweisung dieser Aufforderung zur Umgehung des Tarifes seitens der anderen Organisationen geboten. Über glauben die Hirsch-Dunder'schen in der Agitation im Erdbeer suchen zu können? Dann sind sie auf dem Holzwege, denn die anderen Organisationen werden sich das nicht bieten lassen.

**Wo Streikbrecher-Viererkanten zu finden sind,**

teilt in Nr. 25 der „Kurier“, Organ des „Deutschen“ Transportarbeiter-Verbandes, mit. Da heißt es in einer längeren Erklärung aus Leipzig wider den „roten“ Brauereiarbeiter-Verband:

„Von unserer Mitteilung, daß der Bezirksleiter der Brauer den Streikbrecher-Viererkanten gemacht hat, haben wir kein Wort zurückzunehmen. Tatsache ist, daß der vermittelte Brauer nicht Brauereiarbeiter erhebt, sondern einfach Bier abkühlt, also die Arbeiten der streikenden Kellerarbeiter verrichtet. Somit bleibt die Tatsache bestehen, daß der im Brauereiarbeiterverband organisierte Jahrer Witzmann seinen Bruder zu dem Zweck nach dem Betrieb brachte um Streikarbeit zu machen. Der Witzmann'sche Gangman, eine Leuchte des Brauereiarbeiter-Verbandes, den die Ausübung seiner streikbrecherischen Tätigkeit seitens der Bezirksleitung unerlaubt sein soll, hat auf dieses angebliche Verbot sich überhaupt nicht gekümmert, sondern ruhig weiter die Arbeiten der streikenden Jahrer erledigt.“

Diese flagrante Verletzung des Solidaritätsgebotes innerhalb verbrüderter „freier“ gewerkschaftlicher Organisationen hindert aber die streikenden Brüder nicht, gelegentlich mit dem ungeschuldeten Geiz über die Hirsch'schen „Streikbrecher-Viererkanten“ herzugreifen, während in ihrem eigenen Lager das Streikbrecher-Viererkanten einen immer größeren Umfang annimmt.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**

**Die evangelischen Arbeitervereine** machen sehr erfreuliche Fortschritte. Dem von dem Herrn Dr. Weber auf dem Verbandsstage in Halle erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Zahlen: Der rheinisch-westfälische Verband hat jetzt 170 Vereine, der hessische 53, der hildesheimer 49, der oberpreussische 33, der hannoversche und saarländer je 31, der mittelhessische 25, der mittelfränkische und brandenburgische je 22, der hildesheimer 20, der hildesheimer 27, der hildesheimer 16, der hildesheimer 12, der hildesheimer 11, der nordhessische 7 Vereine: insgesamt 580 Vereine mit über 94.000 Mitgliedern. In diesen Zahlen sind evangelische Arbeitervereine mit eingerechnet worden. Die große Krank- und Sterbeliste des Verbandes (S. H. Gladbach) hatte im Jahre 1907 136 Verstorbenen mit 6396 Mitgliedern und ein Vermögen von 101.734 Mk. Das seit Jahren best. beehrte Arbeiterkammergesetz wurde der Vorrede in der Geschäftsbericht einem hervorragenden sozialen Fortschritt. Verhaftet behauptete Dr. Weber, daß der Reichsverband gegen die Sozialreformäre nun auch aufsteigt, in den christlichen Arbeitervereinen zu treten; wenn das so weitergeht, werde man bald in einem Kampfe stehen. Einmalig dagegen ist, daß nunmehr auch in den evangelischen Arbeitervereinen die Sozialreformäre zu finden sind.

der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Neuliche Gedanken kamen in dem Bericht von Pastor Knudt, dem Schriftführer des Gesamtverbandes, zum Ausdruck. Die Stellung des Verbandsstages zu den gelben vaterländischen Arbeitervereinen haben wir bereits in der vorigen Nummer unseres Organs dargelegt. Im Anschluß hieran teilen wir mit, daß eine „Evangel. Geschäftsstelle für soziale Arbeit“ in Essen-Nurh errichtet wurde. Diese Geschäftsstelle, in welcher vorläufig zwei Sekretäre (die Kollegen Kaffenbeul und Kabisch) tätig sind, soll eine Zentrale für die verschiedenen sozialen Bestrebungen in Westdeutschland, speziell aber im Ruhrgebiet werden. Insbesondere wird sie den evangl. Arbeiter- und Knappenvereinen ihre Dienste angedeihen lassen und in allen evangelisch sozialgerichteten Arbeiterkreisen den Gedanken der Brüderverschaff mit den christl. Gewerkschaften zur Geltung zu bringen suchen.

Die Geschäftsstelle hat sich die Aufgabe gestellt, der gesamten evangelischen Arbeitererschaft, soweit sie auf nationalem Boden steht, immer mehr Verständnis und Interesse an sozialen Fragen zu vermitteln. Sie ist bereit, alle in dieser Richtung hin unternommenen Aktionen tatkräftig zu unterstützen.  
Mit der Errichtung der Geschäftsstelle wird auch die Redaktion der Wochenschrift „Die Arbeit“ in deren Büroräume Dreilindenstraße 55 verlegt. Die „Die Arbeit“ publizistisch, so werden die Sekretäre der Geschäftsstelle agitatorisch überall für soziale Aufklärung und die Gleichberechtigung des deutschen Arbeiterstandes auf allen Gebieten wirken.

**Allgemeine Rundschau.**

**Soziale Rechtsprechung.**

Wann darf ein Kassensmitglied einen Spezialarzt konsultieren? Eine wichtige Entscheidung in dieser Frage fällt das Oberverwaltungsgericht Dresden. Auf Antrag eines Kassenzarzes der Ortskrankenkasse in S. ließ sich die der Kasse als Pflichtmitglied angehörende Ehefrau eines Gutverwalters durch einen Spezialarzt für Frauenkrankheiten untersuchen. Sie blieb zur weiteren ärztlichen Behandlung, insbesondere zur Vornahme einer größeren Operation, in seiner Privatklinik. Da die Krankenkasse die Tragung der hierdurch entstandenen Kosten abgelehnt, die Aufsichtsbekörbe der Kasse eine Beschwerde hierüber zurückgewiesen hatte, erhoben die Gutverwalters-Eheleute gegen die Kasse Klage beim Verwaltungsgericht auf Zahlung von 358 Mk. Kosten für Operation, ärztliche Behandlung usw. samt Zinsen, zu 4 Prozent, auf Erstattung von 40,70 Mk. Prozeßkosten, in die sie verurteilt waren in dem Zivilprozeß des Spezialarztes gegen sie wegen Erlangung seiner Fortbildung und auf Erstattung von 132,20 Mk. (nebst 4 Prozent Zinsen), die sie für die Verpflegung in der Klinik bezahlet hatten. Das Verwaltungsgericht verurteilte die Kasse dem Antrage gemäß. Die von der Kasse nunmehr erhobene Verurteilung wurde teilweise bestritten. Das Oberverwaltungsgericht faßt in seinem Urteil folgendes aus:

Die von dem Gutverwalter für seine Person beim Verwaltungsgericht erhobene Klage ist unstatthaft, da er nicht selbst der betagten Kasse als Versicherter gegenüber stehe, sondern lediglich seine Ehefrau als Mitglied der betagten Kasse auf Grund von § 1390 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in eigenem Namen verfolgen wolle. Der Anspruch seiner Ehefrau auf Erstattung der Verpflegungskosten von 132,20 Mk. ist ungewährleistet, denn es hätten die Krankenkassen nach § 7, Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes zwar die Befugnis, aber nicht die Verpflichtung, erkrankte Mitglieder in einem Krankenhaus unterzubringen, und dies gelte selbst dann, wenn eine derartige Maßregel vom ärztlichen Standpunkte notwendig erweise. Ebenso ungewährleistet sei die Forderung auf Verzugszinsen und auf Erstattung der Prozeßkosten, die in dem nach § 21 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege geordneten Verfahren nicht geltend gemacht werden konnte. Es würden insofern Leistungen beansprucht, die sich nicht als Krankenkassenleistungen darstellen. Dagegen sei die Befugnis zur Zahlung eines Krankengeldes für die Zeit der Erwerbsunfähigkeit der Erkrankten (29 Tage à 75 Pf. = 21,75 Mark) sowie des durch deren ärztliche Behandlung erwachsenen Aufwandes von 358 Mk. verpflichtet. Es komme in Frage, ob der Anspruch auf Verpflegung der Erkrankten durch die freiwillige Bestimmung hinsichtlich der ärztlichen Behandlung durch Kassenzarzes gestattet werde, die Befugnis der durch Quasianspruchnahme anderer Ärzte erkrankten Kosten aber, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden könne. Die hiermit aufgestellte Regel, daß erkrankte Kassensmitglieder auf die Kassenzarzes angewiesen seien, erleihe jedoch dem Grundbesitzer zufolge, daß die Krankenkassen die nötige ärztliche Hilfe gewähren müßten, nicht nur in dringenden Fällen“, d. h. wenn Gefahr im Verzuge sei, sondern auch dann eine Ausnahme, wenn keiner der Kassenzarzes zur Leistung der erforderlichen Hilfe fähig sei. Diese Voraussetzung trete aber im Streitfalle zu. Denn die Klägerin habe, als sie sich in die Behandlung des Frauenarztes begab, nach dessen gutachtlichen Anzeigen der Hilfe eines Spezialarztes für Frauenkrankheiten bedurft, einen solchen habe es aber nach dem Akten unter den Kassenzarzes nicht gegeben. Ob die erkrankten Mitglieder der Beklagten, wenn die Verhältnisse so lagen, den Spezialarzt nach ihrem Belieben wählen dürfen, oder regelmäßig die Genehmigung der Beklagten dazu einholen müßten, könne dahingestellt bleiben. Zweifellos behrte eine derartige Verpflichtung dann nicht, wenn der Fall ein dringender sei. Im Streitfalle sei dies zu bejahen, da sofortige ärztliche Behandlung mit Verurteilung nötig gewesen wäre.

**Allgemeines.**

**Die Erfolge der Organisationen auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung in Württemberg.** Dem Württembergischen Gewerbeinspektionsbericht für 1907 entnehmen wir folgende bemerkenswerte Zahlen:

Im zweiten Bezirk hat der im Vorjahr erfolgte Übergang zu zehnstündiger Arbeitszeit in der bedeutenden Angewandten Textilindustrie zahlreiche Arbeitgeber veranlaßt, im Berichtsjahr diesem Beispiel zu folgen. Mitbestimmend hierfür mochte sich manchen die Erwägung sein, daß es besser sei, aus freien Stücken zu gewähren, was doch unter Umständen hätte geizigen müssen, zumal sich unter den Arbeitern an verschiedenen Orten eine lebhaftere Bewegung für Einführung der zehnstündigen Normalarbeitszeit geltend machte und mit der geistlichen Festlegung derselben für Arbeiterkreise in nicht fernem Zeit zu rechnen war. Je nach Lage des Falles mag auch die Bemerkung, daß bei dem häufigen Mangel an weiblichen Arbeitskräften tätige Arbeiterinnen den Betrieben mit längerer Arbeitszeit zuwenden würden, auf die Herabsetzung der Arbeitszeit von Einfluß gewesen sein. Im Berichtsjahr sind allein in Reutlingen und Umgebung, wo die Textilindustrie ihren Hauptsitz hat, mit einem mit zusammen 13 Anlagen, vorwiegend Feinweberei- und Weberei-, von 11 fündiger, betriebl. auf 10½ fündiger Arbeitszeit auf 10 fündiger Arbeitszeit übergegangen. In 13 Anlagen sind 1907

3300 Arbeiter, wovon stark die Hälfte weibliche, beschäftigt. Auch einzelne an verschiedenen Stellen gelegene Spinnerei-Webereien oder Strickereien der Textilwarenindustrie im Oberamtsbezirk Sigmaringen, soweit sie noch längerer Arbeitszeit auf 9½ Stunden und verlängerter die Mittagpause um ¼ Stunde, was für diejenigen Arbeiterinnen welche das Mittagessen zu Hause einnehmen und eine weiteren Weg dahin haben, eine Besserung bedeutet. In vierter Bezirk teilt einigen Arbeitszeitverkürzungen Betrieben mit gemäßigter Arbeitererschaft im Berichtsjahr eine Verlängerung der Arbeitszeit in einer Spinnerei gegenüber, welche erst im Vorjahr in Betrieb kam und zunächst zehnstündige Arbeitszeit hatte, jetzt aber zu elfstündiger überging. Es ist dies um so bemerkenswerter, als die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages in allgemeinen auch in Spinnereien in letzter Zeit Fortschritte gemacht hat und die technische Einrichtung der erwähnten neuen Spinnerei die höchste mögliche Leistungsfähigkeit garantiert, was bei verschiedenen älteren Betrieben, welche sich zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit verstanden haben, nicht der Fall ist. Verdrängung muß allerdings werden, daß infolge des kurzen Bestehens der Fabrik die Arbeitererschaft noch verhältnismäßig wenig gekürzt ist. Seitens der Arbeitererschaft erhob sich gegen die Verlängerung kein Widerstand.“ (1)

Was hier auf dem Gebiete der Kürzung der Arbeitszeit möglich geworden ist, das ist einzig und allein der jahrelangen Arbeit der organisierten Arbeitererschaft zu danken. Gätte diese nicht fortgesetzt in ihrer Presse und den Versammlungen den Staat und die gesetzgebenden Körperschaften auf die volkswirtschaftlichen Schäden einer überlangen Arbeitszeit aufmerksam gemacht, heute noch wäre alles beim Alten, heute noch wären die Verhältnisse auf diesen Gebiete so, wie sie noch in der neuen Spinnerei des zweiten württembergischen Gewerbeinspektionsbezirks bei einer wenig geschulten Arbeitererschaft bedauerlicher Weise anzutreffen sind. Ohne Organisation — kein Fortschritt in der Sozialpolitik. Das sollten sich unsere Kollegen und Kolleginnen überall sagen und die Reihen der christlichen Gewerkschaften stärken.

**Steigerung der Lebensmittelpreise** ist für den Monat Mai d. J. festzustellen. In einer Reihe Großstädte, für die regelmäßig um die Mitte des Monats die Lebensmittelpreise und auf Grund dieser die Standardziffer für die Kosten der Ernährung einer Familie für die Woche ermittelt werden, hat diese Standardziffer von April auf Mai Steigerung erfahren. Vornehmlich sind es die Fleischpreise, die nach einem vorübergehenden Rückgang so ziemlich allgemein steigen. So seien nur die Städte Danzig, Berlin, Chemnitz, München genannt, wo Fleisch schon wieder teurer geworden ist. In Danzig ist Hammelfleisch, in Berlin Schweine- und Hammelfleisch, in Chemnitz und in München Schweinefleisch im Preise gestiegen. Die Verteuerung ist in einigen Städten sogar sehr erheblich; in Berlin z. B. ist der Preis für Schweinefleisch seit dem 1. März d. J. um nicht weniger als 30 Pf. gestiegen und zwar für die billigste Sorte; er ging von 1,10 Mk. das Kilo im März auf 1,20 Mk. im April und 1,40 Mk. im Mai hinauf. Auch in München dauert der Aufstieg bereits seit einigen Monaten an. Preissteigerungen waren dann im Mai noch bei Kartoffeln und Butter zu beobachten; letztere zug besonders in Süddeutschland stärker im Preise an.

**Das Christl. Gewerkschaftskartell zu Schramberg in Württemberg** hat, um der durch die augenblickliche schlechte Konjunktur entstandenen Not der Arbeiter zu steuern, zum Mittel der Selbsthilfe gegriffen. Um den Arbeitern eine neue Einnahmequelle zu schaffen, hat es eine Verbandsgenossenschaft errichtet, und bittet die Kollegen um gefl. Übernahme richtiger Heide-, Him- und Preiselbeeren. Körbe mit 20 bis 30 Pfd. werden zu mäßigen Tagespreisen gegen Nachnahme abgegeben. Gefällige Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat des christlichen Metallarbeiterverbandes in Schramberg in Württemberg.

**Veranstaltungskalender.**

- Wombacherbach. 12. Juli, 2 Uhr, bei Ob. Schneiders, Laufen.
- Wiesheim. 12. Juli, gleich nach dem Gottesdienste bei Sartingen.
- Elberfeld. 18. Juli, 8½ Uhr, bei Gerlenrath, Köpfbahn.
- Friedrich. 12. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich Müller, Generalv.
- M.-Gladbach-Wenn. 12. Juli, 6 Uhr, bei Heinrich Bruenen, Generalversammlung.
- Raufenberg. 12. Juli, 3 Uhr, zur Hofenau (Reifenzimmer), Generalversammlung.
- Münster i. W. 12. Juli, 12 Uhr, bei Mühlenshoff, Königsstr.
- Neuenkirchen. 12. Juli, 11½ Uhr, Vorstandsv., Verordneten- und Ausschuß-Verammlung bei E. Börling.
- Neumünster. 14. Juli, 8½ Uhr, im kath. Gesellenvereinslokale (Wahnhofstr.), Generalversammlung.
- Neuwert. 13. Juli, 9 Uhr, bei Peter Hoppentamp, Generalversammlung.
- Rienberg-See. 12. Juli, 5 Uhr, bei H. Schulze.
- Ochtrup. 14. Juli, 8 Uhr, bei Joseph Pieper, Vorstandsv. und Verordnetenversammlung.
- Süchteln. 12. Juli, 10 Uhr, bei H. Kröpels, Vorstandsv. und Förderverein.
- Wegberg. 19. Juli, 10 Uhr, bei Joseph Winkens.
- Wierath. 12. Juli, 10½ Uhr, bei Peter Franzen, Oberrichtersstr., Generalversammlung.
- Wülfrath. 12. Juli, 11 Uhr, bei Werner Leuchter, Sachengestr.

**M.-Gladbach-Currip.** Gewerkschaftslokale, Verein „Einigkeit“, a. B. m. 5. H. Samstag, den 18. Juli, abends 9 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Joseph Mühl, Lagerordnung: Erwahlung eines Vorstandsmitglieds, Vollständiges Erscheinen erwartet.  
Der Ausschußrat:  
(1,60 Mk.) J. A. Gottf. Strauß, Vorsitzender.

**Sterbe-Tafel.**

**Es starben die Verbandsmitglieder:**  
Peter Jansen in Eupen.  
Wilh. Weyerbrock in Amern-St. Anton.  
Jos. Ernting in Neuenkirchen.  
Franz Bierschick in Hannover-Lindern.  
Louise Stibich in Mülhausen.  
Hermann Elachot in Bocholt.  
Hch. Meurer in Derschlag.  
Math. Schöller in Euskirchen.  
Peter Raul in Eupen.  
Ehre ihrem Andenken!